

Österreich

in der

„Kommunistischen Internationale“

(1919/1924)

Preis: 2,5 €

**Kleine
Schriftenreihe
zur
österreichischen
Arbeiter/innen/geschichte**

Buchreihe Marxismus

(Hinweise auf lieferbare Titel, Teile von vergriffenen Titeln)

Grundsätze der AGM

Broschüren, Flugschriften

Stellungnahmen der AGM, Artikel

historische Schriftenreihe

Material in Englisch, Franzödisch, Griechisch, Italienisch, Serbokroatisch,
Slowakisch

Broschüren der Arbeitsgruppe Marxismus

- 1: Grundsätze der *Arbeitsgruppe Marxismus*
- 2: Der Titoismus und die Ursachen der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien
- 3: Leo Trotzki: Porträt des Nationalsozialismus; Anhang: Was ist die FPÖ?
- 4: Die österreichischen Arbeiterkammern – fortschrittliche Institutionen?
- 5: Die Zivilges.m.b.H. & ihre Teilhaber – Zivilgesellschaft, NGOs und das Elend der „kreativen Protestformen“
- 6: Der Zweite Weltkrieg – Demokratie gegen Faschismus?
- 7: Die Linke und die Benes-Dekrete
- 8: Trotzkistische Opfer des NS-Terrors. Eine Dokumentation
- 9: Der blutige Weg in die neue Weltordnung. Hintergrund Afghanistan - Islamismus
- 10: Nationale Frage und Arbeiter/innen/bewegung in der Tschechoslowakei
- 11: „...wo man mit Blut die Grenze schrieb...“. Zur Geschichte der slowenischen Frage in Kärnten
- 12: Der Irak im Fadenkreuz des Imperialismus. Arbeiter/innen/-bewegung, Baath-Regime, Ölinteressen und US-Aggression
- 13: US-Arbeiter/innen gegen den Krieg. Geschichte der US-Arbeiter/innen/bewegung. UNO – Geschichte einer kriminellen Vereinigung
- 14: Marxistische Staatstheorie. Positionen bei Marx, Engels und Lenin
- 15: Totalitarismustheorie. Rechtfertigungsideologie für die demokratische Diktatur der Bourgeoisie
- 16: Imperialismustheorie bei W.I. Lenin
- 17: Imperialismustheorie bei Rosa Luxemburg
- 18: Für eine sozialistische Revolution in Venezuela (gemeinsam mit der AL - Antifaschistische Linke)
- 19: Europäische Union (gemeinsam mit der AL - Antifaschistische Linke)
- 20: Thesen zu Mittel- und Südamerika (gemeinsam mit der AL - Antifaschistische Linke)

Bestellungen: agm@agmarxismus.net

weitere Publikationen: www.agmarxismus.net

1. Auflage, Wien 2006

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Redaktion: „Arbeitsgruppe Marxismus“, Postfach 62, 1152 Wien

Inhalt

	Vorwort (Manfred Scharinger)	4
1919	1 Berichte der Delegierten auf dem ersten Kongress der Kommunistischen Internationale; 2. Sitzungstag, 3. März 1919. Bericht des Genossen J. Gruber (Österreich)	6
	2 Karl Tomann: Resolution der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs	11
	3 Ein österreichischer Kommunist: Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich	12
1920	4 Die Lage in Deutsch-Österreich	19
	5 Hilde Wertheim: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich	26
	6 Erklärung Bela Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat	29
	7 Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: An den Vorstand und die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs	30
1921	8 Franz Koritschoner: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich	35
	9 Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs	40
	10 Aus den Protokollen des Exekutivkomitees	41
	11 Franz Wippel (Klassenjustiz in Österreich)	42
1923	12 Eugen Varga: Deutsch-Österreich	45
1924	13 Paul Friedländer: Österreich unter der Vormundschaft des Völkerbundes	47

Vorwort

von Manfred Scharinger

Diese Ausgabe der *Kleinen Schriftenreihe* ist der Diskussion der österreichischen Situation nach dem Ersten Weltkrieg bis Mitte der 1920er Jahre in der zentralen Zeitschrift der *Kommunistischen Internationale* gewidmet. Die Zeitschrift *Kommunistische Internationale* erschien ab August 1919 in russischer, französischer, deutscher und englischer Sprache in unregelmäßigen Abständen und war als zentrales theoretisches Organ der im März 1919 neu gegründeten Komintern gedacht.

Im ersten Jahr erschien die vom *Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale* (EKKI) publizierte Zeitschrift in 8 Nummern (davon 2 Doppelnummern), 1920 und 1921 erschienen je fünf weitere, zum Teil recht voluminöse Ausgaben (die Nummer 16 hatte über 700, die Nummer 17 über 500 Seiten). Damit wurde die Zeitschrift vom Informationsgehalt zwar immer wichtiger, aber durch ihren Umfang immer mehr zur bloßen politischen Dokumentation und immer weniger zur tagtäglichen Anleitung und Information geeignet.

Nach dem III. Weltkongress wurde mit der Nummer 18 (1921) die zentrale Publikation der Komintern auf Beschluss des EKKI umgestaltet: Die *Kommunistische Internationale* sollte als Zeitschrift entlastet, die immer umfangreicher gewordenen Ausgaben wieder verkleinert und dafür die Frequenz erhöht werden. Mit der Herausgabe der *Internationalen Presse-Korrespondenz* wurde dem neuen Mitteilungsblatt die Aufgabe der möglichst raschen Informationsweitergabe übertragen. Die *Kommunistische Internationale* sollte demgegenüber zum führenden Organ der Komintern in den Hauptfragen der Theorie, Taktik und Organisation werden. Die angestrebte monatliche Erscheinungsweise konnte jedoch nicht durchgehalten werden, schon die erste Ausgabe des Jahres 1924 musste als Dreifachnummer geführt werden. Unter wechselndem Namen erschien die Zeitschrift jedoch weiter bis zum Beginn der 1940er Jahre und ist damit eine erstklassige Dokumentations- und Informationsquelle für die Geschichte der III. Internationale und ihre stalinistische Degeneration.

In die vorliegende Nummer unserer *Kleinen Schriftenreihe* haben wir aus den ersten Jahren (1919 bis 1924) – konkret aus den Nummern 1 bis 30 – alle in der *Kommunistischen Internationale* abgedruckten Artikel aufgenommen, die sich ausschließlich bzw. vorrangig mit Österreich beschäftigen. Natürlich gibt es unzählige weitere Arbeiten, in denen Österreich einen zum Teil recht prominenten Platz einnimmt – das beginnt schon beim in den ersten Nummern dokumentierten I. Weltkongress der Komintern, auf dem Österreich (bzw. die zerfallene österreichisch-ungarische Monarchie) ein nicht unwichtiger Platz eingeräumt wurde. Aber die Aufnahme all dieser Artikel hätte den Platz dieser Ausgabe bei weitem gesprengt.

Insgesamt haben wir 13 Artikel von unterschiedlicher Länge hier aufgenommen. Der erste Beitrag stammt vom österreichischen Delegierten beim Gründungskongress der Komintern, Karl Steinhardt (der dort als J. Gruber in den Dokumenten aufgeführt ist). Steinhardt berichtete der Versammlung von der revolutionären Situation in Deutsch-Österreich und der Bereitschaft der Arbeiter/innen, dem russischen Vorbild zu folgen. Er zeichnete ein überaus hoffnungsvolles Bild von den Aussichten der Kommunist/inn/en in Europa und trug damit nicht unwesentlich zur Gründung der Komintern bei. Text 2 gibt die kurze Resolution der KPÖ wieder, mit der sich die Partei zur Internationale bekannte. Text 3 berichtet über die Situation der KPÖ ein gutes halbes Jahr nach ihrer Gründung. Obwohl auch dieser Text nicht frei ist von Übertreibungen (so wird das *System der Arbeiterräte* in Österreich wohl nicht ganz zu Recht auf die Intervention der KPÖ zurückgeführt),

wird doch das Bild einer Partei geboten, der es nicht gelungen war, die Massenstimmung zu konsolidieren und eine wirklich aktive kommunistische Organisation aufzubauen (S.18 unserer Ausgabe).

Text 4 zeichnet die trostlose ökonomische Situation Österreichs nach, Text 5 (von Hilde Wertheim) und Text 8 (Franz Koritschoner) befassen sich mit den Arbeiterräten in Deutsch-Österreich und zeigen einmal mehr das überragende politische Gewicht, das der Sozialdemokratie in Österreich auch nach dem Ersten Weltkrieg in der organisierten Arbeiter/innen/bewegung zukam. Auf die Situation der ungarischen politischen Emigrant/inn/en in Österreich nach der Niederlage der ungarischen Räterepublik geht Text 6 ein.

Text 7 ist der Intervention des EKKI der Komintern gewidmet, mit der die KPÖ zur Aufgabe ihres ultralinken Kurses, der sich u.a. in der Wahlfrage ausdrückte, bewegen werden sollte. Es ist das wohl bedeutendste politisch-theoretische Dokument dieser Sammlung und zeigt, wie intensiv sich das höchste Gremium der III. Internationale mit der Situation der KPÖ Mitte 1920 zu befassen hatte. Auch der Text 10, der Auszüge aus den Protokollen des EKKI wiedergibt, ist der Krise der KPÖ gewidmet und den Versuchen der III. Internationale, die Partei zur Aufgabe ihrer ultralinken Position des Boykotts des bürgerlichen Parlaments zu bewegen.

Zu Beginn des Jahres 1921 hoffte die Komintern, dass durch die Vereinigung der KPÖ mit der sozialdemokratischen Linken um Josef Frey die Partei ihre Kinderkrankheiten überwinden könnte. Auf diesen Vereinigungsparteitag geht Text 9 ein.

Ab etwa 1921 wird die Beschäftigung der Kommunistischen Internationale mit Österreich weniger intensiv; nicht nur die Frequenz der auf Österreich Bezug nehmenden Artikel vermindert sich stark, auch der politische Gehalt geht zurück. Nach dem Januar 1921 haben bis zur Nummer 28-30 (1924) nur mehr drei Artikel einen expliziten Österreich-Bezug, ohne dass allerdings die theoretische Dichte früherer Arbeiten erreicht worden wäre.

Text 11, sicher einer der schwächsten dieses Bandes, beschäftigt sich mit der Verfolgung von Kommunist/inn/en in Österreich, ein ansonsten politisch kaum fassbarer Fall von Klassenjustiz wird hier aufgerollt. Text 12 (von Eugen Varga) und Text 13 (von Paul Friedländer) befassen sich mit den gravierenden ökonomischen Schwierigkeiten Österreichs, ohne sich allerdings genauer mit den politischen Konsequenzen zu beschäftigen. Sie bilden den zeitlichen Schlusspunkt dieses Bandes.

Unsere Zusammenstellung zeigt recht klar, welche Bedeutung Österreich von der Kommunistischen Internationale um 1919/1920 als Brücke von der russischen Revolution nach Mitteleuropa und insbesondere nach Deutschland beigemessen wurde. Und sie gibt ein recht anschauliches Bild über die Diskussionen und Schwierigkeiten, aber auch die Hoffnungen einer jungen, in den Massen nur wenig verankerten Partei.

1919

Berichte der Delegierten auf dem ersten Kongress der Kommunistischen Internationale

2. Sitzungstag, 3. März 1919

1 Bericht des Genossen J. Gruber (Österreich)

Werte Genossen!

Wir Delegierte aus Deutsch-Österreich finden keine Worte, um die Gefühle auszudrücken, die uns heute in Eurer Mitte beseelen. Wir sind unter ungeheuren Schwierigkeiten nach achtzehntägiger Reise vor einer Stunde hier angekommen und überbringen Euch die Grüße und die heißesten Glückwünsche unserer revolutionären Genossen aus Deutsch-Österreich. Euch alle sollen wir begrüßen, vor allem aber, Genossen, müssen wir unseren russischen Genossen die Ehre geben, denn sie haben durch die große Revolution vor mehr als einem Jahr den revolutionären Kräften in Österreich mächtigen Antrieb gegeben. Nur ihnen ist es zu verdanken, dass wir heute eine große kommunistische Partei für ganz Deutsch-Österreich haben. Und die Geschichte wird den russischen Genossen ein Denkmal setzen, da sie die Weltrevolution ermöglicht haben.

Und nun möchte ich Euch noch über die Ereignisse berichten, die zur Gründung einer kommunistischen Partei in Deutsch-Österreich führten, und wie sie sich entwickelt haben.

Der Friede von Brest-Litowsk war in Vorbereitung. In Österreich herrschte Hungersnot, verbunden mit der Diktatur der Regierungs- und Militärgewalt. Das Proletariat wünschte, dass Österreich endlich einmal ausscheide aus der Zerfleischung. Doch es wurde durch Versprechungen seitens der diplomatischen Vertreter hingehalten. Es wurde ihm gesagt, in kürzester Zeit solle der Friede geschlossen werden. Das geschah aber nicht. Das Proletariat sah sich wieder zum besten gehalten. Eine ungeheure Verschlechterung der Lebenslage trat ein. Es kam im Januar 1918 zum zu einer sehr starken Bewegung, die von den Industriezentren im Süden von Wien ihren Ausgang nahm, und deren Wellen in einigen Stunden den Weg nach Wien fanden. Die Räder standen still. Das Proletariat wollte weder mit den Führern der Gewerkschaft noch der Partei etwas zu tun haben.

Nachdem die Bewegung zwei Tage gedauert hatte, nachdem sie auf alle Industriegebiete übergriff, rafften sich sowohl die Gewerkschaftsführer wie auch die Parteifraktion auf und suchten die Bewegung in andere Bahnen zu lenken. Das führte denn auch zum Versanden der ganzen Bewegung. Seitz, Renner, Leuthner von der Partei, Domes von den Gewerkschaften stellten sich an die Spitze und versprachen, die Interessen der Arbeiterschaft zu fördern. Sie behaupteten aber, Österreich hätte nicht das Recht, aus der Reihe der kriegsführenden Länder auszuscheiden, denn das bedeute einen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Existenz des Proletariats. Die Arbeiterschaft ließ sich wiederum von ihren parlamentarischen Vertretern betören. Diese stellten sich zwischen die Regierung und die Arbeiterschaft. Sie formulierten einige Punkte, bekamen von der Regierung die erhoffte Erklärung, und die Arbeiterschaft ging nach kaum einer Woche des Stillstandes der Maschinen wieder an ihre Arbeit.

Was geschehen musste, geschah. Die Regierung hatte gesehen, dass die Vertreter der Arbeiterschaft ein gutes Werkzeug in den Händen der Regierung seien, und gab der Arbeiterschaft nichts. Auch das Versprechen, dass die Führer der Bewegung nicht gemäßregelt werden sollten, vergaß sie. Sie wurden entweder an die Front versetzt oder hinter Kerkermauern begraben. Ihre Existenz wurde vernichtet. Aber auch alle anderen Versprechungen waren Luft. Die Genossen, die in der Bewegung unter dem Namen der Linksräderikalen der Partei arbeiteten, wurden von den Parteiführern als Staatsverbrecher gebrandmarkt oder aber die führenden Genossen mussten aus der Partei austreten.

Der Zusammenbruch an den Fronten in Italien und Bulgarien, die Hungersnot im Lande, die Zerstörung des Organisationsapparates für Verteilung der Lebensmittel, das Zurückfluten der Soldaten von der Front, das alles führte endlich zum Zerfall der Monarchie Österreich-Ungarn. Es bildeten sich mehrere Republiken entsprechend ihren ethnografischen Grundlagen – die tschechische, die südslawische, die ungarische Republik, und es blieb nichts weiter übrig von dem ehemals so großen Reich als der Rest Deutsch-Österreich mit ungefähr neun Millionen Einwohnern. Erst in letzter Stunde entschloss sich die Sozialdemokratie in Deutsch-Österreich, die Führung der „Revolution“ zu übernehmen.

Man spricht heute immer noch von einer Revolution in Österreich. In Wirklichkeit war es keine. In jenem Moment, wo tatsächlich das Proletariat die Macht ohne Kampf ergreifen konnte, da stellten sich die Vertreter der Sozialdemokratie vor Proletariat und Bourgeoisie und sagten: „Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die Macht zu übernehmen, wir müssen eine Koalition mit den Bürgerlichen eingehen.“ Es wurde ein Präsidium zusammengesetzt, bestehend aus dem Verpfafftesten der Pfaffen, aus einem Deutschnationalen und einem Sozialdemokraten. Als dieses Dreigestirn die Regierung übernahm, hatte für das revolutionäre Proletariat Österreichs die Stunde des Kampfes geschlagen. Nicht einmal in der Zeit des Stürgkh war die Reaktion größer als unter der Leitung dieser Vertreter. Reichskanzler wurde Dr. Renner, Staatssekretär des Äußeren wurde Dr. Bauer, dieser

frühere Radikale, das Militär wurde dem Sozialdemokraten Deutsch unterstellt, und in allen Ämtern saßen Sozialdemokraten vereint mit den Bürgerlichen.

Im Mai 1918 hatte sich zwischen den Linksradikalen und den verschiedenen oppositionellen Gruppen eine Annäherung vollzogen, und es wurde eine gemeinsame Plattform gefunden. Zu dieser Zeit entstand der erste Plan, in Österreich eine kommunistische Partei zu gründen. Wir wussten damals nicht, dass die russischen Genossen sich auch einstmals Kommunisten nennen würden, wir wussten nicht, dass unsere Genossen in Deutschland, der Spartakusbund, sich auch kommunistische Partei nennen würden. Wir haben als kleine Gruppe den Gedanken gefasst, wir wollen den Gedanken zur Tat werden lassen und eine neue Epoche in der revolutionären Arbeiterbewegung Österreichs beginnen.

Es waren nur wenige, die den Kampf begannen. Viele unserer besten Genossen saßen im Kerker, und es musste aus einem Dutzend Menschen alle Kraft für diesen Kampf geholt werden. Damals beschlossen wir, eine Zeitung zu gründen unter dem Namen „Weckruf“, Kommunistisches Wochenblatt. Zum ersten Mal war der Name „Kommunisten“ auf die Fahne geschrieben. Die Zeitung wurde aber von der ersten bis zur letzten Zeile konfisziert. Unsere Absicht, den „Weckruf“ am 1. Mai unter die feiernden Arbeitermassen zu werfen, konnten wir infolge dieser Beschlagnahme nicht verwirklichen. Als aber in Österreich durch den militärischen Zusammenbruch die bürgerliche Freiheit einigermaßen hergestellt war, und als nach neunmonatiger Haft unsere tapferen Genossen aus dem Kerker entlassen wurden, war eine neue, festere Grundlage geschaffen. Am 3. November 1918 konstituierten wir uns als „Kommunistische Partei Österreichs“ mit dem Zentralorgan „Der Weckruf“.

Am 12. November 1918 sollte öffentlich die Republik proklamiert werden. Wir hatten beschlossen: Sollte das Proletariat durch seine Stimmung Ausdruck geben, dass es nicht eine bürgerliche, sondern eine sozialistische Republik wolle, so wollten wir zum Volk im kommunistischen Sinn sprechen. Wir sahen nun, dass das Proletariat durchaus revolutionär gestimmt war. Unzählige rote Banner trugen die Inschrift: „Heraus mit der sozialistischen Republik“. Da stiegen einige unserer Genossen auf die Rampe des Parlaments und verkündeten die kommunistischen Grundsätze. Dann wählten wir einige Kommunisten und wollten in das Parlament hineingehen, um den Vertretern zu sagen, das Proletariat wolle eine sozialistische Republik und keine bürgerliche. Die Tür wurde uns aber vor der Nase verschlossen und dann wurde geschossen. Unsere Genossen von der Roten Garde hieben mit Kolben auf die Tür ein und wollten uns Eingang verschaffen. Nun kam es zu der bekannten Schießerei. Die Rote Garde und die Volkswehr erwidernten die Schüsse, die aus dem Inneren des Parlamentsgebäudes fielen, und der Feiertag der bürgerlichen Republik, der so schön arrangiert war, endete mit der zeitweiligen Besetzung des Parlaments.

Als Repressalie beschlossen die agrarischen Abgeordneten, die Rädelsführer der Kommunisten müssten an die Wand gestellt werden, sonst lieferten sie keine Lebensmittel nach Wien. Die Vertreter der Sozialdemokraten jedoch sagten, das gehe

zu weit, die Übeltäter müssten aber mit aller Strenge bestraft werden. Es wurden denn auch Genosse Steinhardt (Gruber) und Genossin Friedländer verhaftet, aber nach zwei Wochen wieder in Freiheit gesetzt, hauptsächlich auf Drängen der Räte der Volkswehr. Auch eine Anzahl unserer russischen Freunde wurde in Untersuchung gezogen und ausgewiesen. Die Sozialdemokraten in der Regierung gaben nicht nur ihre Zustimmung dazu, sondern sie waren zum Teil Veranlasser dieser Maßregelung.

Die kommunistische Bewegung wurde unter das Schwert gestellt. Die ganze Regierungsmacht wandte sich gegen uns, und mit den Sozialdemokraten in der Regierung hatten wir die härtesten Kämpfe zu bestehen. In Wien war es uns nicht möglich, Lokale aufzutreiben. In einigen Bezirken hatten wir versucht, als kommunistische Partei Versammlungen abzuhalten. Man nahm uns die Lokale weg und versuchte, uns dadurch lahm zu legen. In der Provinz konnten die Regierungssozialisten ihre Macht noch stärker zeigen. In Graz, dem Zentrum der Steiermärkischen Industrie, waren wir vier Wochen lang außerstande, eine Versammlung abzuhalten. Dort hat der Sozialdemokrat Resel den Terror gegen die Kommunisten organisiert.

Erst nachdem wir auf die Straße gingen und uns auf Plätzen versammelten, könnten wir heute in jedem Lokal Versammlungen abhalten. In ganz Nord-Steiermark gibt es jetzt kommunistische Organisationen, und die Arbeiter kommen zu uns, diskutieren mit uns und stellen sich auf unsere Plattform. Heute wagt es niemand mehr, uns zu hindern, Versammlungen abzuhalten und unsere Organisationen auszubauen.

So haben wir uns durchgesetzt. Aber dass die sozialdemokratische Partei versuchte, unsere Bewegung unmöglich zu machen, wird ihre ewige historische Schuld sein.

Wir sagten in der Agitation niemals, dass die sozialdemokratischen Arbeiter unsere Feinde seien, sondern sie seien auf falsche Wege geführt. Unsere Tätigkeit geht dahin, die revolutionären Teile der Arbeiterschaft für uns zu gewinnen. Es zeigte sich denn auch, dass an allen Orten die Linkenradikalen zu uns stießen.

Am 9. Februar hatten wir endlich die Möglichkeit, Heerschau zu halten über die Bewegung in ganz Deutsch-Österreich, und während auf der ersten Tagung am 3. November 1918 ein ganz kleines Häuflein von Genossen sich zusammengefunden hatte, war am 9. Februar 1919 ganz Deutsch-Österreich durch Organisationen vertreten. Wir stellten uns auf eine klare, scharf formulierte kommunistische Plattform und erklärten in Bezugnahme auf die Nationalversammlung, dass wir mit den Wahlen zur Nationalversammlung nichts zu tun haben wollten, weil diese Institution ein Instrument zur Verfälschung der Revolution sei. Und gerade die Wahlen waren der Gipelpunkt des politischen Lebens der Sozialdemokratie. Wir stellten dem gegenüber die Idee der Diktatur des Proletariats, der Selbstverwaltung der proletarischen Organisationen, und forderten die Arbeiter- und Soldatenräte.

Das war der Stand der Dinge, als wir Deutsch-Österreich verließen. Wir haben nun eine organisatorische Arbeit von vier Monaten hinter uns. Wir legen nicht viel Wert darauf, dass wir recht viel eingeschriebene Mitglieder haben, sondern wir legen Wert darauf, dass sie den revolutionären Willen zur Tat verkörpern, dass ein revolutionärer Körper, der sich im entscheidenden Moment bewähren wird, vorhanden ist.

So steht nun die Kommunistische Partei in Deutsch-Österreich gefestigt und kampfbereit da, von der Regierung verfolgt, von den Sozialdemokraten gehasst. Leider ist Fritz Adler nicht in unseren Reihen. Als er den Ministerpräsidenten Stürgkh tötete, und als die Arbeiterschaft Österreichs geschlossen und energisch seine Freilassung verlangte, war er für uns ein revolutionäres Symbol. Fritz Adler kam aus dem Gefängnis, und was geschah? Jene, die an ihm hingen, die für ihn alles opfern wollten, waren seine Freunde nicht mehr, sondern er war ihr Gegner geworden. Er stellte sich der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung, jener Partei, die ihn gebrandmarkt hatte und ihn ausgeschlossen hätte, wenn er nicht der Sohn des großen Vaters gewesen wäre. Er wurde als Vertreter für die Nationalversammlung aufgestellt, und im Bunde mit den reaktionären Führern der Arbeiterschaft wurde sein Name für viele Arbeiter ein Lockmittel, um für das Parlament zu stimmen.

Er erklärte sich gegen jegliche Spaltungsversuche in der Arbeiterbewegung, insbesondere gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei.

Unsere Bewegung ist eine Bewegung der Massen. Wir hören es jeden Tag: Ihr Kommunisten habt doch keine hervorragenden Führer. Ja, die russischen Kommunisten, die haben einen Lenin, einen Trotzki, einen Bucharin, die schon so lange für die Ideen des Kommunismus, die Diktatur des Proletariats gekämpft haben, aber ihr habt gar keinen weltbekannten hervorragenden Führer. Aber die Arbeiterschaft hat uns dennoch ernst genommen, denn sie hat gesehen, dass es nicht allein der große Name macht.

Man hat uns Arbeitern in Deutsch-Österreich erzählt, in Russland herrsche Zerstörung, Plünderung, Sabotage, und es währte nicht lange, so würde die Herrlichkeit der Bolschewiki in Trümmer liegen. Wir sehen aber, dass diese Herrlichkeit sich festigt hat, und dass die Kommunistische Partei Russlands heute eine neue Epoche in der Weltgeschichte eingeleitet hat. Während früher Moskau das Zentrum der Reaktion war, ist es heute das Zentrum der kommunistischen Bewegung geworden, und das kann nie zerstört werden. Deswegen hängen die Arbeiter Deutsch-Österreichs heute mit leidenschaftlicher Liebe an der Bewegung der russischen Genossen, denn sie wissen, wenn das Regime der Kommunisten im Osten zertrümmert wird, dann ist im Westen ein Aufbau auf kommunistischer Grundlage für lange unmöglich.

Die Konferenz der Zweiten Internationale in Bern ist die Agonie einer absterbenden Epoche, der heutige Kongress ist die erste Tagung des revolutionären Proletariats zur Organisierung der Tat.

Darum begrüßen wir Euch und wünschen, dass diese Tagung eine neue Epoche einweihst. Siebzehn Tage sind wir von Wien nach Moskau unterwegs. Wie Handwerksburschen sind wir die ganze Strecke gereist. Auf Tendern, auf Lokomotiven, auf Puffern, im Viehwagen, zu Fuß durch die Linien der ukrainischen und polnischen Räuberbanden, unter steter Lebensgefahr – immer mit dem sehnsgütigen Gedanken: nach Moskau wollen wir, nach Moskau müssen wir, und nichts darf uns abhalten, dorthin zu gelangen!

Wir haben unser Ziel erreicht. Wir weilen unter Euch, Genossen! Und unser gemeinsames Ziel, die Föderative Weltrepublik der Kommunisten, müssen und werden wir auch – und in nicht allzu ferner Zukunft – erreichen.

[Die Kommunistische Internationale Nr.3, S.75ff.]



2 Resolution der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs

Die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs bekennt sich zum Programm der III. Internationale, das auf dem Kongress in Moskau am 2. März 1919 beschlossen wurde, und erklärt ihren Beitritt zur III. Internationale.

Für den Parteivorstand:

K. Tomann

Wien, dem 27. August 1919

[Die Kommunistische Internationale Nr.7-8, November/Dezember 1919, S.183]

3 Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich

I.

Die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs wurde nicht durch die Notwendigkeit als neues Gebilde gegründet sondern entsprang der Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Der Streik im Januar 1918, der trotz der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie infolge der Unterhandlungen von Brest-Litowsk ausbrach, ließ eine Anzahl nicht befriedigter Elemente zurück. Der sozialdemokratischen Partei gelang es, den damaligen linken Flügel, der unter der Führung der sogenannten Linken (Schlesinger, Danneberg etc.) stand, wieder an sich zu ziehen. Einzelne Genossen und Genossinnen machten jedoch diesen Anschluss nicht mit. Es bestanden zwei Richtungen außerhalb der sozialdemokratischen Partei, und zwar eine kleine kommunistische Gruppe und eine Gruppe von Intellektuellen, die sich Linksradikale nannten. Schließlich wurde die Gründung der kommunistischen Partei vollzogen. Dieser gehörten in ihrer Mehrzahl Intellektuelle und einige Arbeiter an. Die Tätigkeit beider Gruppen war nicht darnach angetan, im Proletariat festen Fuß zu fassen.

Dies war der Zustand in der Zeit, als die Genossen Heimkehrer aus Russland nach Österreich kamen. Unsere Aufgabe, die vollzogen werden sollte, war nun folgende: Einigung aller revolutionären Gruppen und ihr Zusammenschluss zu einer kommunistischen Partei. Die Schwierigkeiten waren groß. Der Zwiespalt zwischen den Linksradikalen und der neuformierten Gruppe der Kommunisten war ungeheuer. Dazu kam, dass die damals bestehende Zeitung „Der Weckruf“ schlecht redigiert wurde.

Unsere Tätigkeit richtete sich daher darauf, die beiden Gruppen, Linksradikale und Kommunisten, die eine formelle Einigung beschlossen hatten, auch praktisch zu vereinen.

Die Partei selbst hatte unter dem Proletariat absolut keinen Anhang, und es bestand die Notwendigkeit, den Gedanken des Kommunismus überhaupt erst einmal in die Massen zu tragen. Dies gelang dadurch, dass wir uns mit unserer propagandistischen Arbeit in erster Linie an die Arbeitslosen, die Invaliden und die Heimkehrer wandten. Wir gingen von dem Gesichtspunkt aus, dass diese Schichten des Proletariats infolge ihrer schlechten sozialen Lage für die kommunistische Propaganda am zugänglichsten sind. Die Möglichkeit, Eingang in diese Schichten zu finden, war dadurch gegeben, dass die aus Russland Heimgekehrten vom Staat ohne jede Unterstützung blieben, anderseits infolge der wirtschaftlichen Depression keinen Lebensunterhalt fanden. Die Invaliden waren letztlich darauf angewie-

sen, was sie sich durch Bettel erwarben, die Arbeitslosen erhielten eine ganz unzureichende Unterstützung. Es gelang gar bald, den kommunistischen Gedanken in diese Schichten hineinzutragen und sie für uns zu gewinnen.

Die Arbeit, die in den vorerwähnten drei Gruppen durchgeführt wurde, brachte Lebendigkeit in die Partei. Erst jetzt zeigte sich der Öffentlichkeit gegenüber, dass eine kommunistische Partei überhaupt bestand. Uns war es klar, dass unsere Tätigkeit in erster Linie und hauptsächlich auf dieses Gebiet verlegt werden musste. Obgleich wir durch intensive Arbeit wenn auch langsam, so doch stetig in den einzelnen Bezirken und in der Provinz unter den Fabrikarbeitern Fuß fassen konnten, war die Partei eigentlich noch niemals zur rechten Aktivität gekommen. Die Ereignisse in Ungarn und in Bayern sollten die kommunistische Partei Deutsch-Österreichs zur Handlung zwingen. Es wurde im Parteivorstand der Antrag gestellt, eine Reichskonferenz der Vertrauensmänner einzuberufen. Diese Konferenz fand statt, und es wurde beschlossen, in Aktivität einzutreten, d.h. es sollte jeder Anlass benutzt werden, um greifbar Stellung zu nehmen, den Standpunkt der kommunistischen Partei in jeder politischen Situation hervorzukehren.

Da die Demonstrationen der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer, die diese zur Durchsetzung ihrer Forderungen veranstaltet hatten, von der Polizei brutal niedergeknüppelt wurden, verlangten die Proletarier dieser drei Gruppen gebieterisch und immer stürmischer, die Partei möge für ihre Forderungen eintreten. Am 18. April wurden an drei verschiedenen Orten Demonstrationsversammlungen veranstaltet mit der Parole: sich vor dem Parlament zu versammeln und der Regierung ein Ultimatum zu überreichen. Die Züge zum Parlament vollzogen sich in Ruhe. Als jedoch die Abordnung der Demonstranten nicht Eingang fand, begann die aufgeregte Masse die Türen und Fenster des Parlaments zu zertrümmern. Dies war der Anlass, dass die Polizei in gewohnter Weise einschritt. Diesmal hatte das Proletariat jedoch keine Lust mehr, sich von den Polizeisäbeln niederknütteln zu lassen. Da es teilweise bewaffnet war, setzte es sich zur Wehr und empfing die heranstürmenden Polizisten mit Revolverschüssen. Die Polizei musste weichen. Barrikaden wurden errichtet, einzelne Waffenläden (Verkaufsgeschäfte) wurden gestürmt, und immer mehr Waffen kamen in die Hände der Proletarier. Die Situation war eine derartige, dass sich die Wache, ohne ein Kommando abzuwarten, zurückzog. Sie wurde im Rathaus versammelt, und der Polizeidirektor legte ihr die Frage vor, ob sie bereit sei, die bestehende Gesellschaftsordnung weiter zu verteidigen. Die Stimmung der Wachmannschaft war, dass sie bereit waren, alles zu tun, nur nicht ihr Leben auf den Straßen für die momentane Ordnung einzusetzen. Die Volkswehr rückte trotz des Befehls der Regierung nicht aus. Wir haben Nachrichten darüber, dass die Regierung an diesem Tage vollständig ratlos der Situation gegenübergestanden hat. Das Proletariat war Herr der Situation vor dem Parlament und in den umliegenden Straßen. Es entwaffnete einzelne Abteilungen der Polizei, und um 8 Uhr abends wurde das Parlament von den Demonstranten angezündet. Die Feuerwehr wurde verhindert, den Brand zu löschen. Nach den Berichten über die momentane Lage und nach dem Zustand, in dem sich die Regierung befand,

war es selbstverständlich, die Bewegung weiterzutreiben. Während der Debatten über diese Frage erschien Friedrich Adler. Er sagte zwar, er komme als Privatperson, für uns war es jedoch klar, dass Adler als Bevollmächtigter der sozialdemokratischen Parteileitung gekommen sei. Adlers erste Frage war: was gedenkt die kommunistische Partei in der momentanen Situation zu tun? Ein Vertreter der kommunistischen Partei erklärte, die Situation sei so, dass wir gewillt seien, die Bewegung weiterzutreiben, da die Polizei der angreifende Teil gewesen ist und wir in Notwehr handelten. Friedrich Adler, dem man an seiner Haltung und an seiner Sprache anmerken konnte, dass die Sozialdemokratie sowie die Regierung die Bewegung fürchteten, erklärte, er (damit meinte er wahrscheinlich die sozialdemokratische Partei) werde im Fall der eventuellen Proklamierung einer Räterepublik nichts für und nichts gegen unternehmen, sondern sich vollständig passiv verhalten. Die Sozialdemokratie war in einer Lage, wo sie gegen uns nicht Stellung nehmen *konnte*, für uns aber nicht eintreten *wollte*.

Da von der Rechten buchstäblich abgeblasen wurde, gelang es Friedrich Adler, den Moment auszunutzen, um in einer mehr als einstündigen Rede der Versammlung zu beweisen, dass die eventuelle Proklamierung der Räterepublik für die Proletarier nur von Schaden sein könnte. Bei der nachher durchgeföhrten Abstimmung blieben wir mit drei Stimmen in der Minorität. Es wurde ein Antrag der Rechten angenommen, die Fabrikvertrauensmänner zu befragen, ob sie anlässlich der Ereignisse beim Parlament für einen Generalstreik eintreten wollten. Weiter wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, das das Proletariat zu weiteren Aktionen auffordern sollte.

Die Fabrikvertrauensmänner versammelten sich erst am Abend des folgenden Tages und beschlossen, dass ein Generalstreik unmöglich sei. Auch der Beschluss, ein Flugblatt herauszugeben, wurde nicht durchgeföhr. Auch die „Soziale Revolution“ erschien in dem Augenblick nicht, wo es gerade am notwendigsten gewesen wäre. Mit einem Wort: die Rechte sabotierte jede Handlung.

Das Resultat dieser Handlungsweise der Rechten zeigte sich auch sehr bald. Früh am anderen Tage, als die Öffentlichkeit die Stellungnahme der kommunistischen Partei zu den Ereignissen noch nicht wusste, war alles in Furcht. Jeder legte sich die bange Frage vor: Was wird die kommunistische Partei nun tun? Die bürgerlichen Zeitungen erklärten, die Forderungen der Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslosen seien gerechtfertigt, es sei unbedingt notwendig, dass die Regierung den Wünschen dieser Armen Rechnung trage. Als jedoch offenbar wurde, dass die kommunistische Partei nichts unternimmt, setzte ein allgemeiner Angriff der Bourgeoisie gegen uns ein. An der Spitze marschierte die „Arbeiterzeitung“. Diese gab das Signal im Kampfe gegen uns. Am nächsten Tage schon erschienen ungeheure Plakate des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte, durch die das Proletariat gewarnt wurde, Demonstrationen zu veranstalten.

Die kommunistische Partei war durch die Stellungnahme des rechten Flügels zur vollständigen Untätigkeit verurteilt. Obwohl wir durch die Fehler der Sozialdemokratie und durch die ungeheuer schlechte ökonomische Lage einen Riesenzug

unter dem Proletariat verzeichnen konnten, war es trotzdem nicht möglich, diesen Massenzuzug in der Partei zu konsolidieren und eine wirklich aktive kommunistische Partei zu gründen.

Die ökonomische Lage in Österreich war eine sehr traurige. Es herrschte vollständiger Arbeitsmangel. Bei 6 Millionen Einwohnern 180.000 Arbeitslose. Rohstoffe waren überhaupt nicht vorhanden, Kohle fehlte gänzlich. Damals gab es nicht länger als für 2-3 Wochen Lebensmittel. Die Sozialdemokratie operierte in den proletarischen Massen mit dem Argument, dass bei Unruhen die Zufuhr von Lebensmitteln seitens der Entente eingestellt würde. Tatsächlich erschienen wiederholt Plakate, unterzeichnet vom Staatssekretär für äußere Angelegenheiten Dr. Otto Bauer sowie von dem Bevollmächtigten der ausländischen Missionen, Cuningham, durch die den Arbeitern angedroht wurde, bei den geringsten Unruhen mit der völligen Sperrung der Lebensmittelzufuhr vorzugehen. Es ist natürlich, dass diese Drohungen auf das Proletariat einen großen Einfluss ausübten. Sicher war eins, dass, um Erfolge zu erzielen, den Verhältnissen der deutsch-österreichischen Proletarier angepasst vorgegangen werden musste.

Es begann sich wiederum eine gewisse Lebendigkeit in der Partei zu entwickeln. Am 15. Juni sollte wieder eine Aktion unternommen werden, deren reale Grundlage darin bestand, dass die Entente von der österreichischen Regierung den Abbau der Volkswehr verlangte. Diese Bewegung, die eine ganz gesunde war, wurde von uns aufgegriffen und sehr gut geführt. Sie erweckte auch einen ungeheuren Aufschwung und die Sympathie der werktätigen Massen. Die Regierung merkte es und brachte durch einen überraschenden Entschluss die Bewegung jäh zum Stehen, dadurch, dass der Abbau der Volkswehr zurückgezogen wurde und sie in ihrem normalen Stande belassen, ja im Gegenteil ihr noch materielle Zusicherungen gegeben wurden. Deshalb wurde beschlossen, die Bewegung in eine andere Bahn zu leiten, um zu einem wirksamen Abschluss zu gelangen. Da wurden aber in der Nacht vor dem 15. Juni 130 Genossen und Genossinnen, die irgendwie aktiv in der Partei tätig waren, während einer Vertrauensmännersitzung verhaftet. Die Demonstration am 15. Juni fand statt, und erst am Versammlungsplatz erfuhr das Proletariat, dass die Führer verhaftet seien. Die Massen wollten nun die Freigabe der Führer erzwingen. Sie drängten sich unbewaffnet zu dem Polizeigefangenengenhaus und wurden dort von den Polizisten, die mit Gewehren und Maschinengewehren bereit standen, niedergeschossen. Offiziell wurden zwar nur 28 Todesopfer bekannt gegeben, in Wirklichkeit waren es aber mehr als 60 und mehr als 200 Verwundete. Auf Seiten der Polizisten war nur ein einziges Opfer zu verzeichnen. Die Masse setzte zwar durch, dass alle Verhafteten freigelassen wurden, aber das war mit schweren Opfern erkauft. Es begann nun eine wütende Hetze der Sozialdemokratie gegen uns, und sehr bald stellte sich eine Reaktion innerhalb der Masse ein.

II.

Die militärische Situation In Deutsch-Österreich ist folgende:

Deutsch-Österreich besitzt eine Volkswehr, in Wien außerdem Stadtschutzwache, ein Zwischenglied zwischen Volkswehr und Polizei, und 6.000 Mann Polizei. In der Provinz gibt es in jeder einzelnen Stadt eine separate Stadtpolizei und außerdem die Gendarmerie, die an der Grenze und auf den Bahnhöfen verteilt ist. Die politische Richtung dieser Bewaffneten ist eine vollständig indifferente. Die Sozialdemokratie gibt sich die größte Mühe, die einzelnen Kategorien für ihre Partei zu gewinnen. Da sie als Regierungspartei verschiedene Möglichkeiten der Agitation hat, hat sie auch, oberflächlich betrachtet, die Leute auf ihrer Seite. Wir haben aber durch unsere Agitation in der Volkswehr und in der Stadtschutzwache bisher immer Eingang gefunden. Revolutionäre Teile der Volkswehr bekannten sich zur Kommunistischen Partei. Wir hatten von zirka 150 Soldatenräten 30 kommunistische zu verzeichnen. Die Volkswehr war aber immer nur dann in Aufregung zu bringen, wenn es sich um ihre eigenen materiellen Forderungen handelte. Das, was von der Volkswehr gilt, das gilt auch von allen anderen militärischen und Sicherheitstruppen. Die Volkswehr setzt sich zusammen aus den indifferentesten Leuten, einfach gesagt – aus dem Lumpenproletariat. Die Rückgratlosigkeit und Unzuverlässigkeit der Volkswehr in revolutionärer Beziehung zeigte sich gerade in den letzten Tagen, wo nach einer planmäßig eingesetzten Hetze der Sozialdemokratie die vollständige Auflösung des am meisten mit der kommunistischen Idee durchsetzten Bataillons 41 vor sich ging.

In der Volkswehr wurden wohl einige Aktionen durchgeführt, die zwar revolutionierend für den Moment wirkten, aber nicht von dauernder bleibender Erscheinung waren. So hatte der Staatssekretär für Heereswesen, [der] Sozialdemokrat Dr. Julius Deutsch, ein braver Satrap der Bourgeoisie, vor vier Monaten auf Vereinbarung mit der Bourgeoisie ein Dekret herausgegeben, laut welchem die Volkswehr einen Eid auf die Verfassung der deutsch-österreichischen Republik leisten sollte. An dem Tage, da der Schwur auf die deutsch-österreichische republikanische Verfassung hätte durchgeführt werden sollen, weigerten sich jedoch größere Truppenteile der Volkswehr, diese Eidesformel zu leisten, und drohten gegen die anderen sich gefügig zeigenden Volkswehrbataillone mit Waffengewalt einzuschreiten. Die bereits zum Schwur aufgestellten Bataillone mussten, um einen Zusammenstoß zu verhüten, von der Regierung zurückgezogen werden. Es unterblieb die Eidesleistung, und bis zum heutigen Tage haben die Wiener Volkswehrbataillone noch keinen Eid auf die republikanische Staatsverfassung geleistet.

Als aber von der Regierung die Eidesformel nicht mehr verlangt wurde, war auch schon wieder das revolutionäre Gefühl der Volkswehrleute verschwunden.

Auch anlässlich des von der Entente verlangten Abbaus der Volkswehr zeigte sich das gleiche Bild. In dem Moment, wo die Regierung den Abbau der Volkswehr zurückzog, war auch schon die Bewegung in der Volkswehr vollständig erledigt. Die sozialdemokratische Partei betreibt durch ihre Organe in allen Abteilungen der bewaffneten Macht ununterbrochene Agitation für ihre Partei. Auch wir geben unserseits für die Volkswehr die Zeitung „Der rote Soldat“ heraus.

III.

Die kommunistische Presse leidet seit der Gründung der Partei Mangel an geeigneten Kräften. Bis zum heutigen Tage sind wir nicht imstande gewesen, eine tägliche Presse zu schaffen. Wir haben den Titel unserer Zeitung den Verhältnissen entsprechend dreimal geändert. Als erstes Blatt wurde „Der Weckruf“ herausgegeben, der eine Auflage von 5.000 hatte. Später wurde die Zeitung in „Die soziale Revolution“ umbenannt. Die Auflage steigerte sich langsam, die Zeitung fand nur schwer Aufnahme in den Betrieben, da die sozialdemokratischen Vertrauensmänner mit allen Mitteln, auch denen der Gewalt, jene Genossen, die die Zeitung in den Betrieben verkauften, daran hinderten. Das Blatt wurde später in „Die Rote Fahne“ umbenannt. Momentan hat die Zeitung eine Auflage von 23.000 und erscheint wöchentlich einmal.

Für die Alpenländer wurde eine eigene Zeitung herausgegeben, ebenso für die Soldaten „Der Rote Soldat“ und für die jugendlichen Arbeiter „Die Kommunistische Jugend“. Außerdem wird für die Bauern eine besondere Zeitung, betitelt „Bauernbücherei“, und für die Arbeiterräte eine Rätezeitung herausgegeben. Auch Broschüren sind erschienen. Flugblätter werden in großem Maße verbreitet. Wir werden in der kürzesten Zeit daran gehen, die Zeitung als Tageblatt erscheinen zu lassen.

IV.

Erwähnt zu werden verdient, dass die Föderation revolutionärer Sozialisten infolge verschiedener Umstände in die Kommunistische Partei aufgegangen ist. Es ist die aus den Tatsachen hervorgegangene Notwendigkeit des Zusammenschlusses der revolutionären Elemente. Durch den Zusammenschluss existiert momentan nur eine revolutionäre Partei, die kommunistische, und außerdem eine kleine anarchistische Vereinigung, die als den Hauptpunkt ihres Programms den herrschaftslosen Sozialismus und Ausschaltung jeder Gewalt aufgestellt hat.

Das Verhältnis der Provinzgruppen zur Zentrale ist ein sehr mannigfältiges. Die Gruppen in Nieder- und Oberösterreich arbeiten vorzüglich. Ein ganz besonderes Kapitel bildet Steiermark. Dort übersteigt die Rücksichtslosigkeit der Sozialdemokratie alle Grenzen und gleicht sehr den Handlungen Noskes. Unsere Genossen in [der] Steiermark befinden sich andauernd im Kerker, und erst jetzt wieder sind gegen 40 Genossen und Genossinnen nach einer 18-wöchigen Untersuchungshaft freigegeben worden. Im allgemeinen ist zu bemerken, dass das Zusammenarbeiten der Provinz mit der Zentrale als gut zu bezeichnen ist, da die Direktiven der Zentrale eingehalten werden.

V.

Das System der Arbeiterräte, wie es derzeit in Deutsch-Österreich besteht, ist eine Errungenschaft der Kommunistischen Partei. Wir mussten durch Wochen hindurch einen schweren erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, um

zu ermöglichen, dass die Arbeiterräte wenigstens formell den Händen der Sozialdemokraten entwunden wurden. Obwohl wir in den Arbeiterräten im Verhältnis zu den Sozialdemokraten nur ganz schwach vertreten sind, beherrschen wir doch den Bezirks-, Kreis- und Reichsarbeitsrat. In einigen Wochen vollziehen sich die Neuwahlen in den Arbeiterrat.

Unsere Tätigkeit in den Räten ist die der Opposition, diktiert von den politischen Verhältnissen. Zur Aufklärung der Arbeiterräte geben wir eine besondere Zeitung „Rätekorrespondenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs“ heraus. In der Situation, in der wir uns jetzt befinden, betrachten wir den Arbeiterrat als jenes revolutionäre Instrument im Klassenkampf, das uns befähigt, dem Proletariat gegenüber die Richtung anzusegnen, die es zu gehen hat. Unsere Aufgabe besteht darin, den Arbeiterrat zu benutzen, um in klar präzisierten Anträgen das Proletariat in Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei zu bringen oder die Arbeiterräte in Gegensatz zur Nationalversammlung und damit in Gegensatz zu den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Obwohl wir nur einen geringen Teil der Mandate innehaben, zittern die Sozialdemokraten bei jeder Sitzung in Erwartung der Anträge, die von den Kommunisten gestellt werden.

Die sozialdemokratische Partei Deutsch-Österreichs unterscheidet sich natürlich nicht von den Sozialdemokraten der anderen Länder. Einkerkerungen und Verfolgungen der Kommunisten, Konfiskationen unserer Literatur finden hier ebenfalls statt. Um die Versammlungen unter freiem Himmel zu verhindern, greifen die Sozialdemokraten zu den Gesetzen von 1856. Schikanierungen und Entlassungen kommunistischer Arbeiter finden massenhaft statt. Die Stellungnahme Friedrich Adlers ist eine konsequent rechte. Er wird von der sozialdemokratischen Partei benutzt, um im Ausland als das revolutionäre Symbol aufzutreten. Die Kompromisse der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie sind dauernde, und es ist jede Grenze zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie völlig verwischt. Der „Burgfriede“ ist eine bleibende Erscheinung, und wenn die Bourgeoisie die Sozialdemokratie nicht hie und da angreifen würde, so würde es den Sozialdemokraten nicht einfallen, gegen die Bourgeoisie vorzugehen.

Ein österreichischer Kommunist.

Wien, den 27. August 1919

[Die Kommunistische Internationale Nr.7-8, November/Dezember 1919, S.229ff.]

1920

4 Die Lage in Deutsch-Österreich

Die wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage Deutsch-Österreichs ist gegenwärtig sehr schwer. Im August/September v.J. war die „schönste Ordnung“ in der Republik eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen war von 160.000 auf 50.000 gefallen. Die Industrie befand sich in starkem Aufstieg. Aber dieser schöne Zustand dauerte nicht lange. Denn der Wohlstand der Industrie wurzelte nicht in festern Boden, sondern war ausschließlich dadurch hervorgerufen, dass infolge des niedrigen Kurses der österreichischen Valuta die österreichischen Waren von den ausländischen Kapitalisten gern gekauft wurden. Die schlimmen Folgen zeigten sich bald. Infolge des niedrigen Valutakurses mussten die Industriellen die Rohstoffe im Ausland zu unerhörten Preisen kaufen. Dies bewirkte eine starke Preissteigerung der Fertigfabrikate. Dementsprechend musste unausbleiblich auch der Arbeitslohn steigen. Im Ergebnis stiegen die österreichischen Preise auf gleiche Höhe mit den ausländischen, und den ausländischen Klienten verging jede Lust zu Geschäftsabschlüssen. Gegenwärtig steht Deutsch-Österreich vor einer Katastrophe, ohne Rohstoffe, ohne Industrierzeugnisse, mit niedrigem Valutakurs und einem bis aufs äußerste ausgebauten Proletariat.

Die wirtschaftliche Lage der Werktätigen wird noch dadurch verschlechtert, dass es den Agrariern gelungen ist, die Regierung zur Erhöhung des Höchstpreises für Mehl von 200 auf 1.000 Kronen zu bewegen, wobei gleichzeitig das Ablieferungskontingent für Mehl um ein Viertel des bisherigen herabgesetzt wurde. Die Folge davon ist eine neue Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel. Die schwere wirtschaftliche Lage treibt das Proletariat zu ununterbrochenen Streiks.

Die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs

Der wachsende wirtschaftliche Druck schafft günstige Arbeitsbedingungen für die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs, da er auch den politisch zurückgebliebenen Arbeitern die Augen öffnet.

Die Partei legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Betriebsorganisationen. In allen Betrieben sind Arbeiter- und Betriebsräte geschaffen. Das Gesetz hat den letzteren das Recht der Einsicht in die Geschäftsbücher des Betriebes zugestanden, wobei jedoch das „Geschäftsgeheimnis“ gewahrt bleiben muss; infolgedessen haben die Räte nicht die Möglichkeit, die interessantesten Daten zu Agitationszwecken zu benutzen. In der Mehrzahl der Betriebe, wo die Kommunisten den größten

Teil der Arbeiter hinter sich haben, sind die Räte aus den ihnen vom Gesetz gezogenen Schranken getreten. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht ferner in der Erweiterung der Rechte der Arbeiterräte und in ihrer Revolutionierung. Die Räte müssen ihren Einfluss auch auf die Produktion, die Preisregulierung, die Normierung des Gewinns der Aktionäre ausdehnen; um die Erweiterung dieser Rechte dreht sich jetzt der Kampf.

Was die Stellungnahme zu den Gewerkschaften und zum Parlamentarismus betrifft, so herrschen in der Partei keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten darüber. Überhaupt zeichnet sich die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs durch große Geschlossenheit aus. Die Säuberung der Partei von Querulanten hat dazu nicht wenig beigetragen. Immerhin muss hervorgehoben werden, dass bei aller prinzipiellen Einmütigkeit in der Partei doch Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen vorkommen. Neben der Mehrheit, die auf der vom Gen. Radek ausgearbeiteten Plattform steht, gibt es einen „linken Flügel“, dessen Einfluss aber unbedeutend ist.

Es muss betont werden, dass die Partei sich bisher der Arbeit unter den Bauern enthalten und ihre ganze Aufmerksamkeit ausschließlich dem Industrieproletariat zugewandt hat. Der Grund dafür liegt darin, dass für die Arbeit auf dem Dorf die Kräfte nicht ausreichen. Immerhin bereitet die Partei sich gegenwärtig zu einer systematischen Agitation unter der Bauernschaft vor. Es sollen eine besondere Zeitung und besondere Flugblätter für das Landproletariat herausgegeben werden. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Arbeit unter der Landbevölkerung bei großer Anstrengung günstige Ergebnisse zeitigen wird. Die Arbeit unter den Truppen wird der Psychologie der Soldaten entsprechend unter wirtschaftlichen Lösungen geführt. Was die Jugendbewegung anbelangt, so hat die Partei den Schulstreik der Jugendlichen erfolgreich durchführen können; unser Erfolg war ein empfindlicher Schlag für den sozialdemokratischen Jugendverband.

Die Partei unterhält die engsten Beziehungen zum internationalen Proletariat, insbesondere zu den Kommunistischen Parteien der Schweiz, Italiens und der Tschechoslowakei.

Die Feier des ersten Mai

Der 1. Mai verlief in Wien, wie überhaupt in ganz Österreich, mit großem Erfolg für die Kommunistische Partei.

Die Sozialdemokraten benutzten den Umstand, dass das Amsterdamer Büro für den 1. Mai die Lösung ausgegeben hatte: „Friede mit Sowjetrussland“ und schlugen den Kommunisten auf dieser Grundlage vor, den 1. Mai gemeinsam zu feiern. Dadurch wollten sie einem selbständigen Auftreten der Kommunisten vorbeugen und die Kräfte der Arbeiterklasse zersplittern; denn statt einer Demonstration im Zentrum der Stadt beschlossen sie, sich auf Umzüge nach Bezirken zu beschränken, um eine übermäßige Anhäufung von Arbeitermassen zu vermeiden. (!) Die

Kommunisten lehnten diesen Antrag aufs entschiedenste ab und beschlossen, diesen großen Tag selbständige zu begehen und die Macht des revolutionären Proletariats zu demonstrieren. Der revolutionäre Charakter des Maifestes musste umso mehr betont werden, als der 1. Mai in Deutsch-Österreich zum Nationalfeiertag erklärt worden war und die Sozialdemokraten bemüht waren, ihn allen anderen offiziellen Feiertagen gleichzustellen.

Eine besonders imposante Massenversammlung fand vor der Votivkirche statt. Die Versammlung trug einen internationalen Charakter, die Reden wurden in deutscher, italienischer, russischer, polnischer, ukrainischer, ungarischer und tschechischer Sprache gehalten. An die Versammlung, die 25.000 Teilnehmer zählte, schloss sich ein imposanter Umzug mit Plakaten, auf denen die Lösungen der Kommunistischen Partei prangten: „Alle Macht den Räten der Arbeiter, Soldaten und landarmen Bauern!“, „Nieder mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!“, „Friede mit Sowjetrussland!“, „Befreit die politischen Gefangenen!“, „Nieder mit der Herrschaft des Kapitals!“, „Es lebe die Diktatur des Proletariats!“, „Es lebe die Weltrevolution!“ usw. An den Bezirksumzügen der Sozialdemokraten nahmen wenig Arbeiter teil.

Die Verräterei der Sozialdemokraten

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Zuspitzung des Klassenkampfes erwächst den Sozialdemokraten immer dringlicher die Notwendigkeit der endgültigen Wahl zwischen Proletariat und Kapitalismus. Die Sozialdemokraten suchen immer neue Mittel und Wege, um den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse abzuwenden, und neigen sich immer mehr dem Standpunkt der deutschen Noske zu.

Die Sozialdemokraten urteilen folgendermaßen: Da wir der Koalitionsregierung angehören und in einer „demokratischen“ Republik leben, so ist es Pflicht jedes Bürgers, Ruhe und Ordnung zu wahren und die Produktion zu schützen, unabhängig davon, dass in dieser gerühmten Republik der Löwenanteil der produzierten Werte nach wie vor in die Taschen der Kapitalisten fließt. Dieser Grunderwägung ordnen die Sozialdemokraten alle ihre übrigen Prinzipien unter, bis zum vollen Vergessen der proletarischen Ehre und des Klassencharakters ihrer Partei. Die vom Staatskanzler (Sozialdemokraten) Dr. Renner während der Budgetdebatte abgegebene Erklärung über den sozialen Frieden hat gezeigt, wie die Sozialdemokratische Partei sich den Klassenkampf vorstellt. Was früher nur undeutlich merkbar war, hat sich jetzt in seiner ganzen Nacktheit offenbart.

Alle Streiks, seien sie nun wirtschaftlicher Art (wie der Streik der Südbahnen) oder politischen Charakters (wie in Ternitz und Neunkirchen) werden von den Sozialdemokraten schonungslos unterdrückt.

Die Sozialdemokraten schrecken sogar vor streikbrecherischen Handlungen nicht zurück, wie das z.B. in Neustadt der Fall war. Der Gehilfe des Stadthaupts, der

Sozialdemokrat Pichler, ein ehemaliger Maschinist, führte während des Eisenbahnerstreiks einen Zug nach Wien und ließ sich von 15 Gendarmen mit geladenen Gewehren begleiten. Die über diese Verräterei empörten Arbeiter hielten den Zug auf der Station Liesing an, zerrten Pichler zusammen mit den in Angst geratenen Gendarmen heraus und bläuteten den Verräter durch.

Im gefährlichsten Augenblick überließ die sozialdemokratische Gewerkschaft, an deren Spitze der Nationalrat Tomschik steht, die streikenden Arbeiter der Gnade des Schicksals. Obgleich Tausende von Arbeitern in allgemeiner Abstimmung den Streikbeschluss bestätigt hatten, um den Kapitalisten die Einwilligung zur Erhöhung des Arbeitslohns zu entreißen, lehnte die Gewerkschaft jegliche Verantwortung ab. Und als die Arbeiter, die sie der Willkür des Schicksals preisgegeben hatte, dennoch nicht in Verwirrung gerieten und aus ihrer Mitte ein leitendes Organ wählten, griffen die Sozialdemokraten zur offenen Gewalt, und der Streik wurde gesprengt.

Eine ähnliche Stellung haben die Gewerkschaften auch gegen die streikenden Arbeiter in Neunkirchen und Ternitz eingenommen.

Die Verräterei der Gewerkschaftsbürokratie brachte die Empörung der Arbeiter auf den Höhepunkt und veranlasste sie zum Massenaustritt aus der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft.

Während der Ereignisse in Linz übernahmen die Sozialdemokraten eine ähnliche Rolle, wie sie in Deutschland im Interesse der Kapitalisten von Noske gespielt wird. In Linz wurde durch die Schuld des sozialdemokratischen Bürgermeisters Gruber Arbeiterblut vergossen, der eine Kundgebung nicht zulassen wollte.¹

Im Ausland ist man im Irrtum, wenn man sagt, dass es in Österreich eine sozialdemokratische „Linke“ gibt. Gerade diese vermeintlichen „Linken“, heute Zentrum, ergriffen die schärfsten Maßregeln gegen das Proletariat in den Augenblicken seiner Entscheidungsaktionen. Das Zentrum (Fried. Adler, Otto Bauer) ist zwar in Worten revolutionär, betrügt aber das Proletariat und verhüllt durch seine revolutionären Phrasen die schwankende Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei. Sogar der Sozialdemokrat Frey, um den sich der „linke“ Flügel der Partei gruppiert und der dem Austritt der Partei aus der Koalitionsregierung das Wort redet, wagt es nicht, mit dem Opportunismus zu brechen und von den Worten zur Tat überzugehen.

Das Echo der deutschen Gegenrevolution

Anfang Mai verschärfte sich die Lage in Deutsch-Österreich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland. Vor allem wurde Wien mit Flugblättern und

¹ Gegen die Kommunisten war ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden; bei der Verhandlung erhielten die Angeklagten insgesamt über 20 Jahre Kerker; der Sekretär der Partei 2 Jahre.

Plakaten überschwemmt, die die Pogromlosung trugen: „Fort mit den Ostjuden!“ Dann folgte eine Reihe von Offiziersversammlungen sowie Versammlungen des Bürger- und Ständerats. Bei der Auseinandersetzung dieser Versammlungen durch die Arbeiter kam es zu bewaffneten Zusammenstößen. Gegen die Sicherheitswache, die auf der Seite der Bourgeoisie stand, riefen die Arbeiter die Volkswehr auf. Letztere erschien mit Flinten und Maschinengewehren und jagte durch ihr bloßes Erscheinen die Sicherheitswehr in panische Flucht. Die Volkswehr besetzte die Polizeikaserne und stellte dort ein Maschinengewehr auf. Ein anderer Teil der Volkswehr übernahm den Schutz der Arbeiterversammlung.

Tags darauf fand ein anderer Zusammenstoß beim Gebäude der Universität statt. Die Studenten, die meist aus deutschen Nationalisten und Christlich-Sozialen bestanden, veranstalteten eine wüste Schlägerei unter der Losung „Fort mit den Juden“; für einige Zeit waren sie dank der Sympathie der Polizei Herren der Lage auf allen der Universität angrenzenden Straßen. Auch hier mischte sich die Kommunistische Partei ein. Die Arbeiter begaben sich zur Universität und zwangen die reaktionären Studenten, die Straßen zu räumen. Mit Unterstützung der Kommunistischen Partei erlangte der sozialistische Teil der Studenten vom Rektor die Öffnung der Universität. Dabei wurde die Losung der Kommunisten ausgerufen: „Proletarisierung der Universität und Abschaffung aller Vorrechte der besitzenden Klassen“.

Die Reaktion erreichte ihren Höhepunkt in der Demonstration der Gewerbetreibenden, wo die wutentbrannten Kleinbürger unter der Losung „Fort mit der Besitzsteuer!“ auf die Straße traten. Am Tage dieser Demonstration schlossen fast alle Geschäftsläden in Wien um 4 Uhr und ein tausendköpfiger Zug begab sich auf die Ringstraße. Den Arbeitern war der drohende Sinn dieser Demonstration klar, und in vielen Stadtteilen wurden als Protest gegen die heranrückende Reaktion elementar die größten Fabriken stillgelegt. Die Sozialdemokraten machten natürlich alle Anstrengungen, um die Arbeiter in die Fabriken zurückzubringen und dadurch die von links gegen die Koalitionsregierung anrückende Gefahr zu beseitigen. Die Kommunisten bestanden auf der sofortigen Einberufung des Reichsarbeiterrats, um die Gegenaktion der Arbeiter zu organisieren. In der Sitzung des Vollzugsausschusses des Rats übernahm Friedrich Adler wie immer die Verteidigung der Regierung und der Polizei unter voller Zustimmung des größten Teils der Sozialdemokraten. Die Kommunisten jedoch beantragten im Arbeiterrat, an die Regierung die ultimative Forderung zu stellen, dass sie unverzüglich an die Proletarisierung der Polizei und ihre Unterstellung unter die Kontrolle des Arbeiterrats gehen, die reaktionären Polizeibeamten absetzen, sie durch Unterbeamte ersetzen, alle politischen Häftlinge unverzüglich befreien und den Warenaustausch mit den proletarischen Organisationen Russlands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Bulgariens ohne Vermittlung von Schiebern und Wucherern und unter Kontrolle des Arbeiterrats beginnen solle. Der Vollzugsausschuss, dessen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, lehnte die wichtigsten Forderungen der Kommunisten

ab und widersetzte sich insbesondere ihrem ultimativen Charakter. Daraufhin verzichteten die Kommunisten auf die Teilnahme an der von den Sozialverrättern geplanten Demonstration und beschlossen selbstständig und unter ihren eigenen Lösungen hervorzutreten. Die Sozialdemokraten ergriffen alle von ihnen abhängigen Maßregeln, um die Reihen ihrer Demonstranten zu vermehren. Unter der Drohung der Entlassung zwangen die Gewerkschaften die Arbeiter zur Teilnahme an der offiziellen Manifestation der Sozialdemokraten. Trotz des Terrors der Sozialdemokratie gelang es den Kommunisten, zur Teilnahme an ihrer Demonstration etwa 30.000 Arbeiter zusammenzubringen.

Außer Rand und Band gebracht durch die Weigerung der Kommunisten, an der allgemeinen Demonstration teilzunehmen, stellten die Sozialdemokraten nunmehr die Frage, ob eine weitere Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Arbeiterrat möglich sei. Die Nichtbeteiligung an der Demonstration war hier natürlich nur ein Vorwand. Der tiefere Grund lag darin, dass nach Ansicht der Sozialdemokraten der Arbeiterrat einen zu revolutionären Einfluss auf die Massen ausübe. Die folgerichtige Revolutionspolitik der Kommunistischen Partei nötigte die Sozialdemokraten, einen bestimmten Entschluss zu fassen; dies ist aus der Rede ersichtlich, die der Staatskanzler Dr. Renner in Linz gehalten hat. Der Sozialdemokrat Renner fällt über die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten her und spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats aus: „Sie verwirklichen heißt Va banque spielen, das haben wir am Beispiel Ungarns gesehen. Wir wollen das Bajonett überhaupt aus der Politik ausschließen und jeglicher Gewalt ein Ende machen.“ Nach diesen Worten, die mit dem Terror, den er selbst gegen die Arbeiter anwendet, nicht zusammenpassen wollen, ging Renner zu den Schwierigkeiten über, die sich den sozialdemokratischen Ministern entgegenstellen, und sagte: „Was die Besitzergreifung der Produktion durch das Proletariat anbelangt, so können wir dem Beispiel Russlands nicht folgen, hauptsächlich deswegen nicht, weil die Studenten, aus denen die Ingenieure kommen, in Russland sozialdemokratisch gesinnt sind, in Österreich aber liegen die Dinge ganz anders. Ferner hält sich die österreichische Bauernschaft im Gegensatz zur russischen von der Sozialdemokratie fern und wird die Diktatur des Proletariats niemals anerkennen. Jeglicher Versuch, die Diktatur des Proletariats bei uns aufzurichten, ist ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, umso mehr, als wir hinsichtlich Verpflegung und Rohstoffbezug vom Ausland abhängig sind. Aus Russland aber können wir nichts bekommen“. (?) Insbesondere über die Kommunistische Partei fügte er dann hinzu: „Die Idee, die dem Kommunismus zugrunde liegt, wird von Leuten missbraucht, deren Leben wimmelt von Konflikten mit Recht und Gesetz (?), die keine Ordnung (?) und keine Disziplin (?) kennen, die niemals Sozialisten waren (?) und durch den Krieg aus Rand und Band gebracht sind. Die Ausschreitungen der anarchistischen Schichten führen nur dazu, dass das Proletariat alle errungenen Rechte und Freiheiten verliert und dass eine Militärdiktatur der Generäle aufgerichtet wird. Die hohe Vorstellung des Proletariats von der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft hat mit der Tätigkeit der meisten Kommunisten nichts gemein.“

Die Waffenlieferung an Polen

Abschließend möchte ich bei der Versorgung der gegenrevolutionären Truppen Polens und Ungarns durch die österreichische Kriegsindustrie verweilen. Trotz des Friedensschlusses sind die Fabriken, die für die Abwehr gearbeitet haben, nicht demobilisiert, die Gewehr- und Patronenfabriken, sowohl die staatlichen als auch die privaten, arbeiten mit Voll dampf. Die angefertigten Waffen werden nach Polen und Ungarn verschoben, unter Mitwissen und Zustimmung der sozialistischen Regierung.

Für die Entente ist Österreich eine einzige Kriegsmaterialquelle, da in den Ententeländern selbst die Arbeiter sich der Ausfuhr von Kriegsmaterial widersetzen.

Diese schändliche gegenrevolutionäre Mission hat die Entente auch Ungarn aufgelegt, und wir haben Nachrichten erhalten, dass die Patronenfabrik Manfred Weiß in Czepel Tag und Nacht an der Anfertigung von Geschossen für Polen arbeitet.

Am 15. Mai machte die Entente der Wiener Regierung den Vorschlag, einer Erhöhung der Lieferungsnorm für Polen zuzustimmen. Die österreichische Koalitionsregierung ging darauf ein, der Entente die ganze Kriegsindustrie zur Verfügung zu stellen.

Der Kommunistischen Partei erwächst die Aufgabe, den erbittertsten Kampf gegen die Ausfuhr von Waffen in die Wege zu leiten. Unsere Agitation ist bereits von Wirkung gewesen; auf einigen Fabriken haben die Arbeiter das für Polen bestimmte Kriegsmaterial vernichtet, und ein Teil der Eisenbahner hat Friedrich Adler, dem Vorsitzenden des Wiener Kreisarbeiterrats, erklärt, dass sie sich weigern, Kriegstransporte zu befördern.²

[Die Kommunistische Internationale Nr.12, 1920, S.193ff.]



² Inzwischen ist im Reichsarbeiterrat ein Antrag der Kommunisten, jede Waffenlieferung an Polen einzustellen, eingebracht worden. Die Arbeiterschaft weigert sich in immer größerem Maße, die Waffentransporte weiterzuleiten.

5 Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich

Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich hatten unmittelbar nach der Revolution ein unbegrenztes Betätigungsgebiet vor sich. An den bald nach der Revolution ausgeschriebenen Neuwahlen beteiligten sich nicht nur industrielle Arbeiter, sondern alle Schichten des Kleinbürgertums: Beamte, Intellektuelle, Angestellte drängten, mit Teil zu haben an der neuen Institution, der augenscheinlich die Zukunft gehörte. Doch trotz des geistigen Aufschwungs, den der Zusammenbruch des österreichischen Militarismus herbeiführte, war die übergroße Mehrheit dieser Arbeiterräte noch im Banne der Sozialdemokratischen Partei, die sich eine eigene Taktik der Täuschung und Hinhaltung der revolutionären Klasse zurechtgelegt hatte. Die Arbeiterräte, die sich eben anschickten, in alle Ämter und Behörden ihre Vertreter teils zur Kontrolle, teils aber zur wirklichen Erlernung einer dem Volke lebenswichtigen Funktion zu schicken, ließen sich auf ein Machtgebot der sozialdemokratischen Zentralorganisation der Arbeiterräte zurückhalten. So arteten in den Anfängen schon die Sitzungen der Arbeiterräte in politische Diskussionsabende aus. Erst Monate später, als die neu gewählte Nationalversammlung schon eine starke Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Bourgeoisie andeutete, begannen die Arbeiterräte sich in Kommissionen zu teilen und in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Die Vollversammlung sollte von da ab eigentlich nur die Berichte der Kommissionen entgegennehmen und die Stellungnahme des gesamten Arbeiterrates zu konkreten Fragen kundgeben. Aber auch in dieser Richtung blieben die Arbeiterräte vollständig unter der Vormundschaft der Sozialdemokratie. Zaghaft und unschlüssig, wie sie sich vorher in politischen Fragen gezeigt hatten, war auch ihr Vorgehen im wirtschaftlichen Kampf. Die ersten Angriffe der bürgerlichen Presse, die freilich nicht lange auf sich warten ließen, schüchterten die Arbeiterräte derart ein, dass sie bei jeder Handlung erst des langen und breiten alle Konsequenzen erwogen, bis ihnen entweder der frische Mut zum Eingreifen vergangen oder der wichtigste Moment versäumt war.

Gerade in der damaligen Zeit, als alle Verhältnisse noch schwankend waren, als die Bourgeoisie ihren Hass gegen die Arbeiterräte nicht geheim hielt, sondern sie mit vollen Kübeln ihres Unrats überschüttete, sich aber wohl hütete, einen wirklichen Vorstoß, der die Machtverhältnisse auf die Probe stellte, zu unternehmen, hätten die Arbeiterräte fast unbegrenzt ins wirtschaftliche Leben zugunsten der arbeitenden Klasse eingreifen können. Aber sie leisteten nur Flickarbeit und diese nur schlecht und gleichsam widerwillig. Dabei wurden die Lebensverhältnisse für die unteren Klassen der Bevölkerung immer drückender, die Geldentwertung zog ein Steigen aller Bedarfsartikel nach sich. Der hereinbrechende Winter fand die Massen des Wiener Proletariats ohne Nahrung und Kleidung, ohne Licht und ohne Heizstoffe. Zeitweise musste sogar wegen Kohlenmangels der Straßenbahnverkehr eingestellt werden, sodass die arbeitende Bevölkerung trotz Hunger und Kälte

zu Fuß ihrer Arbeitsstätte zueilen musste. Der Arbeiterrat sah all diesen Kalamitäten müßig zu, so dass sich auch die Arbeiter zu ihm bald gleichgültig, ja sogar feindselig verhielten. Stürmisch wurde eine Neuwahl der Arbeiterräte verlangt.

Der dann auch im Oktober und November 1919 neugewählte Arbeiterrat zeigte schon eine starke kommunistische Minorität. Die Kommunisten versuchten den neuen Arbeiterrat aus seiner Passivität herauszureißen und zu entschiedenem Handeln zu treiben. Sie verlangten energische Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Kohle und Lebensmitteln, Beschlagnahme der vorgefundenen Waren und sofortigen Verkauf an das hungernde und frierende Proletariat. Sie verlangten Beschlagnahme der leer und halbleer stehenden Riesenwohnungen und Paläste und Einquartierung der in Baracken untergebrachten Proletarierfamilien. Sie verlangten zur Zeit der Verkehrskrise die Beschlagnahme aller Autos und Fuhrwerke, um die arbeitende Bevölkerung zur Arbeitsstätte zu fahren. Aber die meisten Forderungen prallten schon in den Vollversammlungen an dem harten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsfunktionäre ab. Sie hatten noch immer die Mehrheit des Arbeiterrates so ziemlich in der Hand. Mit dem Hinweis, dass ein solches Vorgehen den sofortigen blutigen Bürgerkrieg zur Folge hätte, konnten sie noch immer alle unsere Argumente zurückschlagen. Wenn aber wirklich eine oder die andere unserer Forderungen in der Vollversammlung durchdrang, wurde sie durch die Sabotage der Sozialdemokraten in den Kommissionen ihrer Wirkung beraubt.

Die Sozialdemokraten versuchten durch alle möglichen Mittel den Arbeiterrat zur Untätigkeit zu verurteilen. So beriefen sie nur selten die Sitzungen ein und zu solcher Tageszeit, dass infolge der Lichtsparmaßnahmen eine längere Debatte unmöglich wurde. Um die vorgeschriebene Zeit, Punkt 8 Uhr abends, wurde jede Sitzung abgebrochen, selbst wenn über die Lebensnotwendigkeiten des leidenden Wiener Proletariats beraten wurde. Eine andere Methode war es, die Arbeiterratssitzung in einen Vortragsabend umzugestalten, bei dem irgend ein Referent der Sozialdemokraten über ein politisches Thema sprach. Eine Diskussion war auch da infolge der frühen Sperrstunde nicht zu fürchten. Dem unbeugsamen Vorwärtsdrängen der kommunistischen Arbeiterräte und den immer hörbarer grollenden Massen in den Betrieben ist es zu danken, dass der Arbeiterrat sich zu revolutionärem Vorgehen entschließen wollte. Eine ungeheure Massendemonstration des Wiener Proletariats gegen die Reaktion und für eine einschneidende Vermögensabgabe sollte den Anfang machen.

Aber auch da halfen sich die sozialdemokratischen Partefunktionäre geschickt aus der Klemme. Die Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates, in der die rechten Sozialdemokraten noch immer vorwiegen, berief anstatt der Sitzung des Kreisarbeiterrates eine „Unionsversammlung“ ein, d.h. eine Körperschaft, die außer den Kreisarbeiterräten eine Unzahl Funktionäre der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, der Konsumvereine und Krankenkassen enthält. Diese so vergrößerte Körperschaft sollte auch ein größeres politisches Gewicht darstellen. Aus einer Sitzung dieser Union wurden zwei und wären noch mehrere geworden, wenn

die Kommunisten nicht durch ihr Fernbleiben die Union gesprengt hätten. Aber die Sozialdemokraten hatten doch erreicht, dass die günstigste Zeit zur Demonstration untätig verflossen, dass der Wiener Kreisarbeiterrat zwei Wochen nicht zusammengetreten war. Die Union hatte sich gegen die Massendemonstration ausgesprochen und bedrohte noch vor ihrer Verwesung den Wiener Kreisarbeiterrat mit der Sabotage all seiner Beschlüsse durch die machtvolle Organisation der Gewerkschaften.

So ist der Arbeiterrat in Deutsch-Österreich und besonders in Wien seit Anfang März in ein neues Stadium getreten. Die Kampfansage der rechten Sozialdemokraten an die Arbeiterräte, die Sabotage durch die Gewerkschaftsbürokraten, die die Sitzungen der Arbeiterräte nicht mehr besuchen, drohten den Konflikt auf die Spitze zu treiben.

Mittlerweile wartet, hungert, friert und leidet das Wiener Proletariat unter unsäglicher Unterdrückung. Alle Gesetze und Verordnungen, die einigermaßen die aufreizende Schwelgerei der Bourgeoisie eindämmen sollten, werden frech überschritten, ohne dass sich irgendwo Organe finden, die Einhalt gebieten. Während die Proletarierviertel in Dunkel und Schweigen gehüllt sind, tanzen und prassen in hellerleuchteten Lokalen Schieber und Händler, die der untergehende Kapitalismus in Unzahl an die Oberfläche geschwemmt hat.

Aber schon macht sich in dem von Musik und Tanz durchfluteten Wien ein dumpfes Grollen bemerkbar. Die niedergetretene und offen verhöhte Arbeiterklasse Deutsch-Österreichs beginnt aufzubegehen und sich aufzubäumen gegen ein verfluchtes System, das ihr immer wieder von neuem Steine statt Brot bietet.

Hilde Wertheim

Wien

[Die Kommunistische Internationale Nr.12, 1920, S.200ff.]

Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten
,Internationale'. Eine Episode aus der österreichischen
Arbeiterbewegung 1918/19

(Kleine Schriftenreihe Nummer 10, 32 S. A5, 1,5€)

6 Erklärung Bela Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat

Wir unterzeichnende kommunistische Revolutionäre teilen mit, dass wir die dreitägige Hungerstreikdemonstration abgebrochen haben.

Die Demonstration haben wir deshalb begonnen, weil wir nicht weiter dulden wollten, dass in dem Weltproletariat der Betrug unwiderlegt bleibt, als würden wir in Deutsch-Österreich das Asylrecht genießen. Am dritten Streiktage wurde uns im Namen des Staatskanzlers Renner mitgeteilt, dass sämtliche Internierten mit Ausnahme der Genossen Beia Kun, Max Lewien und Ernst Por auf freien Fuß gesetzt werden, während die drei letztgenannten Genossen auf Forderung der italienischen Mission weiter in Schutzhaft bleiben sollen.

Diese Bedingung haben wir als vorläufige Lösung akzeptiert und den Hungerstreik eingestellt.

Nachts vom 1. des Monats teilte uns Staatssekretär Eldasch mit, dass sämtliche Internierte, gegen die ein Auslieferungsbegehren vorliegt, weiter in Schutzhaft verbleiben, da seitens der italienischen Mission neuerdings eine Demarche gegen unsere Freilassung erfolgte.

Wir überlassen Ihnen die Qualifikation dieser Demarche, bemerken nur, dass der italienische Gesandte tags zuvor eine gleichbedeutende Erklärung des Staatssekretärs Eldasch dementiert hat. Zu entscheiden, wer lügt, ist nicht unsere Sache:

„Der Kaiser von China, der Rabbi in Posen,
Sie sollen beide darum losen.“

Aus alledem folgt, dass die offiziellen Erklärungen, denen zufolge man uns vor Angriffen der ungarischen Weißgardisten, von denen es in Wien wimmelt, schützen wolle, Lügen sind. Es ist klar, dass unsere Festhaltung den Charakter einer Schutzhaft trägt, da in wiederholten Fällen Äußerungen fielen, wonach das gegen uns vorgebrachte Auslieferungsbegehren zurückgewiesen werde, sobald wir das deutsch-österreichische Territorium verlassen werden. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass wir mit unserem Hungerstreik die Lüge enthüllten, als genossen wir in Steinhof Asylrecht.

Der Schutzhaftcharakter unserer Internierung beweist, dass der Noskeismus nicht bloß in der Form einer Militärdiktatur, sondern im Gewand einer Polizeidiktatur vorhanden sein kann.

Es ist klar, dass wir in Wien und in Deutsch-Österreich Gefangene der internationalen imperialistischen Gegenrevolution sind und die österreichische Regierung

der Kerkermeister unserer Schutzhalt ist. Gegen ein derartiges Vorgehen zu demonstrieren ist sinnlos, selbst dann, wenn diese Rolle von Mitgliedern einer Arbeiterpartei gespielt wird.

Wir sind uns dessen gewiss, dass die italienische Sektion der III. Internationale, die Partei des italienischen Proletariats, die den Kampf gegen die Banditen des internationalen Imperialismus nie aufgegeben hat, nicht dulden wird, dass in ihrem Namen den Horthy-Banditen Liebesdienste geleistet werden.

Es lebe die internationale Solidarität!

Nieder mit den Banditen und Lakaien des Imperialismus!

Es lebe die internationale soziale Revolution!

Mit kommunistischem Gruß

Bela Kun, Max Lewien, Ernst Por, Bela Vago, Mathias Rakosi, B. Haller

Wien, Steinhof 1. April 1920

[Die Kommunistische Internationale Nr.12, 1920, S.290f.]

7 An den Vorstand und die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs

Werte Genossen!

Der II. Weltkongress der III. Internationale hat nach Anhörung aller Gegengründe gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus und nach ausführlicher Diskussion der ganzen Frage beschlossen, dass der Parlamentarismus, wenn auch als sekundäres Mittel, in dem revolutionären Waffenarsenal nicht fehlen darf. Innerhalb der Kommunistischen Internationale besteht Einstimmigkeit darüber, dass der Parlamentarismus als Staatssystem ein zur Unterdrückung der Arbeiterschaft geschaffenes Instrument des Bürgertums darstellt. Die Lösung der Kommunisten

kann daher nicht sein: Eroberung und Aufrechterhaltung, sondern schärfste Bekämpfung und Zerstörung des Parlamentarismus. Die Diktatur des Proletariats hat ihre eigene Form der Ausübung der proletarischen Gewalt entwickelt: die Arbeiterräte. Der Bourgeoisie müssen alle Arten des Klassenapparats zur Herrschaftsausübung geraubt und vernichtet werden. Und wenn auch der Parlamentarismus unter den Positionen des Bürgertums nicht die stärkste ist – das Heer, der gesamte bürokratische Staatsapparat u.a. sind viel festere Bastionen der Bourgeoisie – so ist doch seine sofortige Vernichtung eine der ersten Aufgaben des siegreichen Proletariats. Diese reale Zerstörung des Parlaments muss geistig vorbereitet werden durch die Zerstörung aller Illusionen über bürgerliche Demokratie und deren Instrument, den Parlamentarismus. In vielen Arbeiterkreisen hält sich noch immer die falsche Vorstellung, dass das Parlament, ein möglichst „gerechtes“ Wahlsystem vorausgesetzt, ein adäquater Ausdruck des Volkswillens ist. Diese Idee beherrscht noch immer die zahlreichen Anhänger der sozialpatriotischen Parteien, und sie spukt auch in den sozialpazifistischen „Zentrums“- Organisationen. Die Brechung dieser Vorurteile über die Bedeutung des Parlamentarismus in den Arbeiterkreisen ist daher eine der wichtigsten Aufgaben zur Vorbereitung der Eroberung der Gewalt.

Wie soll diese Vorbereitung am besten erfolgen? Das ist die in der internationale vielfach erörterte Streitfrage. Der II. Weltkongress, der Vertreter von 37 Ländern umfasste, hat die Erfahrung der kommunistischen Parteien aller dieser Länder und die Auffassungen der verschiedenen Parteien in dieser Frage geprüft und sich für die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus entschieden. Die Kommunistische Internationale verwirft den prinzipiellen Antiparlamentarismus in dem Sinne absoluter Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen als eine, wenn auch oft aus dem gesunden Ekel vor den parlamentarischen Geschäftspolitikern erklärlche, so doch kindliche Auffassung über das Wesen und die Aufgaben einer kommunistischen Partei. Die Tätigkeit Liebknechts im Deutschen Reichstag, die Teilnahme der Bolschewiki an der zaristischen Duma und ihre Wahlbeteiligung zur Konstituierenden Versammlung, die sie kurz nachher selbst auseinander jagten, sind Beispiele dafür, dass revolutionäre Aktion und Wahlbeteiligung sich wohl vereinigen lassen; ja sie zeigen *mehr*, nämlich, wie der Parlamentarismus in den Dienst der Revolution gestellt werden kann und muss. Die Beteiligung am Parlamentarismus nicht zu seiner Unterstützung, sondern zu seiner Vernichtung – das ist revolutionäre Ausnutzung des Parlaments.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat auf Grund und im Sinne dieser Entscheidung des II. Weltkongresses beschlossen, dass Eure Partei, Genossen, sich an den kommenden Reichsparlaments-, Landtags- und Gemeindewahlen beteiligen muss. Wir erwarten die Durchführung dieses Beschlusses nicht allein aus Gründen der Disziplin, die eine der Grundlagen für die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale und der ihr angeschlossenen kommunistischen Parteien bildet. Wir sind vielmehr überzeugt, dass auch Ihr nach reiflicher Prüfung der gesamten politischen Situation insbesondere Österreichs und der allgemeinen,

vom II. Kongress zu dieser Frage beschlossenen Gesichtspunkte die Wahlbeteiligung für geboten erachtet.

Die auf dem Kongress beschlossenen Thesen über Parlamentarismus führen den zwingenden Beweis, dass die Wahlbeteiligung sehr wohl zur Agitation gegen den Parlamentarismus als bürgerliche Herrschaftsform und zur Propagierung der Arbeiterräte ausgenutzt werden kann. Ein prinzipiell geführter Wahlkampf unter den Losungen: für die Rätediktatur, gegen den Parlamentarismus wird die Stellung Eurer Arbeiterräte, deren Bedeutung in Österreich wir wohl zu würdigen wissen, nicht beeinträchtigen, sondern durch weitere Verbreitung der kommunistischen Forderungen nur befestigen. Ein Wahlkampf, der geführt wird zur Zerstörung der Illusionen über die bürgerliche Demokratie und den bürgerlichen Parlamentarismus, kann nie und nimmer eine Stärkung dieser Illusionen hervorrufen. Für die Durchführung der Wahlen, für die Auswahl der Parlamentskandidaten und die Be-tätigung der kommunistischen Parlamentarier hat der II. Kongress eingehende Richtlinien aufgestellt, deren von der Partei und dem Zentralkomitee der Partei zu kontrollierende Befolgung absolute Gewähr für die Vermeidung jeder opportunistischen Parlamentspolitik bildet.

Auch Ihr, Genossen, werdet nicht erkennen, welche revolutionäre Bedeutung die volle Ausnutzung der Wahlen und der Parlamentstribüne haben kann.

Die innerpolitische Situation Österreichs erfordert diese revolutionäre Ausnutzung unbedingt. Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich haben bisher im allgemeinen der Gefahr widerstanden, durch die Sozialpatrioten und Sozialpazifisten zu Werkzeugen der bürgerlichen Demokratie umgestaltet zu werden. Aber die in Deutschland von Hilferding und Breitscheid propagierte Verankerung der Räte in der Verfassung, d.h. die Unterordnung und Ausschaltung der Räte zugunsten der bürgerlichen Demokratie ist auch für Österreich eine nicht völlig überwundene Gefahr. Es ist daher notwendig, dass nicht nur die Arbeiterräte eifersüchtig über ihre Rechte wachen und sie auszudehnen suchen, sondern dass auch alle Versuche, auf parlamentarischem Wege die Arbeiterräte zu meucheln, an Ort und Stelle, d.h. im Parlament, entlarvt und bekämpft werden. Der Kampf zwischen Arbeiterräten und Demokratie, der von der Bourgeoisie immer wieder in allen, selbst den verstecktesten Formen geführt wird, muss von der revolutionären Arbeiterschaft auch im Parlament aufgenommen werden, um in den Arbeiterkreisen Klarheit über die Unversöhnlichkeit von Rätediktatur und Demokratie zu verbreiten. Indifferente Schichten der werktätigen Bevölkerung, vornehmlich auf dem flachen Lande, stehen der revolutionären Bewegung ferner und fremder gegenüber als das großstädtische Industrieproletariat. Sie sind durch den Wahlkampf und von der Parlamentstribüne aus leichter zu erfassen. Die Einbeziehung der ländlichen werktätigen Bevölkerung in die revolutionäre Bewegung ist aber, wie die Erfahrung Russlands und Ungarns beweist, eine notwendige Voraussetzung für den Sieg des Proletariats. Es wäre falsch, auf ein politisches Mittel zu verzichten, das sich für diese Aufgabe besonders eignet.

Der Boykott der Wahlen könnte Eurer Partei leicht bei unaufgeklärten Arbeitern den Vorwurf zuziehen, dass Ihr durch Eure freiwillige Ausschaltung den Feinden der Arbeiterräte im Parlament das Spiel erleichtert habt. Nehmt Ihr aber an den Wahlen teil, so wird auch dem politisch unreifsten Arbeiter der handgreifliche Beweis geliefert, dass das Parlament trotz Eurer Teilnahme ein unversöhnlicher Gegner der Arbeiterräte wie aller wahren Arbeiterinteressen ist, und dass nur die Be seitigung des Parlaments und seine Ersetzung durch die Arbeiterräte eine für die Arbeiter befriedigende Lösung des Konflikts bringen kann.

Das gleichzeitige Stattfinden von Arbeiterrats- und Parlamentswahlen in Österreich wird die Gegenüberstellung von Arbeiterrat und Parlament in ihrer Bedeutung für das Proletariat nur erleichtern und das Interesse für die Arbeiterräte gerade auch bei den unaufgeklärten Schichten und auf dem flachen Lande wecken.

Der Ausfall der Parlamentswahlen hat diesmal für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs besondere Bedeutung. Schon jetzt ist die sozialpatriotisch-christlichsoziale Koalition gebrochen und durch ein paritätisches Zusammenarbeiten aller Parteien einschließlich der Deutschnationalen ersetzt worden. Die kommenden Wahlen werden von den bürgerlichen Parteien mit aller Anstrengung ausgenutzt, um eine große, arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit zu erlangen. Eine solch rein bürgerliche Koalition muss sich aber die völlige Vernichtung der Arbeiterräte zum Ziel setzen und durchzuführen suchen. Wollt Ihr, Genossen, dass bei diesen Kämpfen um die Arbeiterräte im Parlament Eure Partei völlig abseits steht? Muss Eure Partei nicht vielmehr an dem entbrennenden Kampf im Parlament unmittelbar teilnehmen, um alle Illusionen über den Charakter dieses Parlaments bis in die letzte Arbeiter- und Bauernstube hinein zu zerstören? Wenn die Bürgerlichen und ihre verräterischen Anhänger aus der Sozialdemokratischen Partei die Räte, über die jene als eine „Nebenregierung“ jammern, erdrosseln wollen, dann muss Eure Partei im Parlament selbst sofort alle Heucheleien entlarven und jeden Verrat brandmarken.

Gewiss, das österreichische Parlament hat sich schon vielfach entlarvt. Die Sozialisierungskomödie, die in der Schande des Alpina-Geschäfts auslief, die Behandlung des Gesetzentwurfs über die Vermögensabgabe haben den wahren Charakter der bürgerlichen Demokratie als einer Verhöhnung der Arbeiterinteressen enthüllt. Das neu zu wählende Parlament wird aber eine Reihe von neuen Maßnahmen beraten, deren Entschleierung vom kommunistischen Standpunkt aus in jedem Stadium der Arbeiten für die Aufklärung breiter Massen dringend erforderlich ist. Die Beratung der Verfassung, der Frage des Anchlusses an Deutschland – um nur zwei der wichtigsten Angelegenheiten zu nennen – darf nicht vorübergehen, ohne dass Eure Partei durch ihre Vertreter von der gleichen Parlamentsstätte aus im einzelnen den Nachweis führt, wie jeder bürgerliche Lösungsversuch die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen tritt.

Genossen! Die weltpolitische Situation, der Zusammenschluss der Gegenrevolution der ganzen Welt zu einem großen Schlag gegen die Revolution, gegen deren

festeste Stütze – Sowjetrussland, muss Euch veranlassen, alle Eure Kräfte anzuspannen, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um die Bedeutung dieses Kampfes und den Preis eines Sieges des Proletariats auch dem einfachsten, unkundigsten Arbeiter klarzulegen und ihn zu aktiver Teilnahme am Kampf auf der Seite der revolutionären Vorhut zu bewegen. Noch ist in allen Ländern das schlimmste Hemmnis für die Kraftentfaltung und den Sieg des Proletariats die Tatsache, dass große Scharen von Arbeitern den Sozialverrätern nachlaufen, auf Besserung durch Reformen hoffen und das wirkliche Gesicht der bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus nicht erkennen. Die ganze Wahlpropaganda muss vom Standpunkt und zur Förderung der Massenaktionen geführt werden, die in der jetzigen Situation dringlichste Pflicht des revolutionären Proletariats sind. Dieser notwendigen Steigerung der revolutionären Aktion kann und muss auch die Wahlkampagne in Österreich dienen.

Genossen! Nehmt den Kampf auf gegen den Parlamentarismus auch im Parlament selbst! Werbt und sammelt neue Scharen, die der Revolution noch fern stehen! Treibt Eure Wahlpropaganda unter den revolutionären Losungen:

Gegen die bürgerliche Demokratie!

Gegen den Parlamentarismus!

Für die Diktatur des Proletariats!

Alle Macht den Arbeiterräten!

Hilfe für Sowjetrussland!

Hoch die Weltrevolution!

Mit kommunistischem Gruß

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale*

Moskau, den 26. August 1920

[Die Kommunistische Internationale Nr.13, 1920, S.296ff.]

Leo Trotzki: Österreich an der Reihe.
Schriften zu Österreich (1921/1936)
(Kleine Schriftenreihe Nr. 9, 60 S. A5, 2€)

8 Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich

Der Arbeiterrat ist ein natürliches Kind des revolutionären Willens der Massen und des Opportunismus der Sozialverräter.

Als im Januar 1918 die ersten legalen Arbeiterräte aus dem beginnenden Massenstreik heraus entstanden, da wurden sie von der sozialdemokratischen Parteileitung verallgemeinert und aufgebaut, um aus ihnen ein Instrument zur Erwürfung revolutionärer Massenbewegungen, zur Niederschlagung spontaner politisch-ökonomischer Aktionen der Arbeitermassen zu schaffen. Die erste Handlung des Arbeiterrats bestand in einem konterrevolutionären Akte. Den Versicherungen des Grafen Czernin, den beruhigenden Erklärungen der Krone Glauben schenkend, befahl der Arbeiterrat die Einstellung des Streiks und stand bis Kriegsende nach altbewährtem Muster „Gewehr bei Fuß“. Man hatte den Arbeiterrat geschaffen, um ein taugliches Instrument gegen die den Führern entgleitende Arbeiterbewegung in Bereitschaft zu haben.

Der revolutionäre Name sollte die gegenrevolutionäre Konterbande decken, mit revolutionären Phrasen wurde die revolutionäre Tat getötet.

Als sich im Juni 1918 eine radikale Strömung bemerkbar machte, wurde der Arbeiterrat neuerdings einberufen, diesmal in Verbindung mit den Bezirksvertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei (vereinigt in der Wiener Konferenz), und diese gemeinsame Tagung erwürgte die im Entstehen begriffene neuerliche Erhebung. Damit war auch der illegale Arbeiter- und Soldatenrat, die Vereinigung sämtlicher revolutionärer Gruppen, der unmittelbar vor dem Januarstreik gegründet worden war, und eine systematische Propaganda für die Sowjetidee trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche eingeleitet hatte, endgültig zusammengebrochen. Das illegale Propagandazentrum vermochte seine Tätigkeit nicht wieder aufzunehmen. Die Führer, die noch auf freiem Fuße geblieben waren, wurden verhaftet, und nur wenige kleine linksradikale Gruppen fristeten ihr Dasein, ohne miteinander in Verbindung treten zu können. Mit dem beginnenden Zusammenbruch der Oktobertage erhoben die Arbeiterräte wieder ihr Haupt. In einzelnen Gegenden gelang es sogar, die lokale Gewalt an sich zu reißen, die meist fremdsprachige Garnison zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen. Während die Nationalversammlung den Staat Deutsch-Österreich gründete, zerfiel das deutsche Sprachgebiet der alten Monarchie tatsächlich in eine lose Föderation unabhängiger, bezirkshauptmannschaftlicher, monarchistischer Diktaturen, proletarischer Räterepubliken. So entstand der proletarische „Wohlfahrtsausschuss“ Kapfenberg, der sogar eigene Stempel auf die Marken druckte, um seine Souveränität zu bekunden, der Arbeiter-

, Bauern- und Soldatenrat von Ternitz, den die umliegenden Bauerndörfer willig als Lokalgewalt anerkannten (der Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Viehtransporte ausgab und die Villenbesitzer des Semmeringgebiets zwang, für die Kosten seiner Roten Garde aufzukommen). Auch in Wiener Neustadt war der Einfluss der Arbeiterräte ein ziemlich großer; bewaffnete Arbeiter patrouillierten längs der Bahnstrecke, und die eingeschüchterte Bourgeoisie fügte sich in alle Maßnahmen. Wenn die Sozialdemokratie wirklich noch eine Spur revolutionären Geistes in sich getragen hätte, so wäre es damals ihre Aufgabe gewesen, die lokalen Bewegungen zu einer höheren Einheit zusammenzufassen und die politische Macht durch die Arbeiterräte allerorts zu ergreifen. Gestützt auf die Massenbewegung der bewaffneten Proletarier der Roten Gardes und Volkswehren, gestützt darauf, dass die Arbeiterklasse die einzige organisierte Gewalt in Deutsch-Österreich darstellte, während die reaktionären Elemente nur in einigen rückständigen Gebieten ihre Macht behauptet hatten, konnte und musste die proletarische Diktatur aufgerichtet werden. Die nunmal weisen Diplomaten und Staatsmänner der Sozialdemokratie aber setzten die Burgfriedenspolitik im Bürgerkrieg fort, – die Koalition mit der Bourgeoisie kam zustande, und während die Arbeiter Floridsdorfs am 12. November 1918 für die sozialistische Republik demonstrierten, proklamierte die Sozialdemokratische Partei die demokratische und bürgerliche Republik und verkündete den Wiederaufbau des Kapitalismus als einzig mögliches Programm. Dennoch erstarke die oppositionelle Stimmung in den Massen, der Arbeiterrat von Linz ergriff die Initiative zur interlokalen Zusammenfassung der Räte, und gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer, welche in den Räten nur ein Werkzeug, ein Organ der Sozialdemokratischen Partei erblickten, wurde die reaktionäre Bestimmung aufgehoben, dass nur Sozialdemokraten, die gerade die ersten Verfechter der Räteidee aus den Räten ausschlossen, dem Arbeiterrat angehören durften.

Eine provisorische Zentrale wurde im Februar geschaffen und später zum Zentralrat erweitert, indem die sozialdemokratische und kommunistische Parteileitung, die Gewerkschaftskommission und einige rechtsstehende Instanzen, wie das Frauenrechtskomitee, zu gemeinsamer Beratung zusammentraten. Der Zentralrat, die erste Form eines interparteiischen Arbeiterrats, war aus konterrevolutionären Gründen geschaffen worden. In Bayern wurde trotz der Warnungen der Kommunisten die Scheinräterepublik der Unabhängigen ausgerufen, in Ungarn sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, ihre Vergangenheit zu verleugnen und die Diktatur auf Halbpart in die Wege zu leiten, nachdem ihre bürgerlichen Koalitionsbrüder nicht mehr koalitionsgewillt erschienen. Die erste Handlung der ungarischen Proletarierdiktatur war ein Appell an die Nachbarländer. Die provisorische Reichsleitung der Arbeiterräte grüßte das ungarische Proletariat, aber es folgte nicht seinem Appell. Gegen die Stimmen der Kommunisten entschied sich die Arbeiterschaft gegen die Aktion zur Machtergreifung durch das Proletariat. Als am 17. April 1919 die Arbeitslosen und Heimkehrer demonstrierten und die mit brutaler Gewalt gegen sie vorgehenden Polizisten der Republik zu Paaren trieben, sprach der Zentralrat der Kommunisten seine Missbilligung aus. Als am 15. Juni 1919 die

Kommunistische Partei einen letzten verzweifelten Vorstoß zu unternehmen gedachte, um durch den Anschluss der deutsch-österreichischen Arbeiterklasse Räteungarn zu retten, war es der Arbeiterrat, der die Aktion der revolutionären Massen durch sein Dazwischentreten sabotierte und durch den Aufruf Friedrich Adlers die Konterrevolution auf die Kommunisten losließ. „Keine Gnade den Kommunisten!“ Diese Parole Friedrich Adlers wurde von den Weißgardisten vollstreckt, obwohl die Kommunistische Partei am Tage vorher auf ihre Aktion verzichtet hatte. Die Toten des 15. Juni fielen als Opfer der verräterischen Politik der Majorität des Arbeiterrats. Die Opfer waren nicht vergebens gefallen. Die Parole der Kommunisten riss die Massen mit sich fort, und unter ihrem Drucke erfolgte die Demonstration vom 21. Juli, die Demonstration für die Erhaltung der Sowjetrepublik, die erste revolutionäre Demonstration der gesamten Arbeiterklasse, weil sie unter dem Drucke der Fabrikarbeiterchaft erfolgt war gegen den Willen der Instanzen der Sozialdemokratischen Partei. Es war zu spät – dem Verrat der ungarländischen Sozialdemokraten, den Drohungen und Versprechungen der Entente, der mangelnden Entschlossenheit eines Teiles der Kommunisten erlag Räteungarn. Der österreichische Arbeiterrat aber, der eben noch auf seiner Reichskonferenz die Frage beraten hatte, ob Deutsch-Österreich reif sei zur Räterepublik, war zu einem Hilfsorgan des bürgerlichen Staates geworden, das einzelne besonders schlaue Sozialpatrioten sogar gesetzlich verankern und durch Zuziehung von Bürgerlichen zu einer ständigen Wirtschaftsinteressenvertretung erweitern wollten, wie es der damalige Staatssekretär des Innern, Matthias Eldersch, empfahl.

Der Arbeiterrat war zu einem Zerrbild seiner selbst geworden. Seine Mitglieder leisteten positive Arbeit in den Wohnungskommissionen und im Ernährungsamt als Markthelfer und Hilfskräfte der Demokratie. Die Gewerkschaften suchten den Arbeiterrat mit allen Mitteln zu sabotieren, und Friedrich Adler zeigte sich bereit, seine Kapitulation zu vollziehen, indem er – als die Gefahren der Reaktion sich verschärften – eine geplante Massendemonstration durch eine kombinierte Sitzung von Arbeiterräten und Parteifunktionären abwürgen wollte, indem er eine gewerkschaftlich kontrollierte Instanz, die „Union“ nach Schweizer Muster zu schaffen gedachte, um sie dem Arbeiterrate entgegenzusetzen. Da griffen die Kommunisten ein. Sie verließen die „Union“-Versammlung. Die „Union“ brach zusammen; der Arbeiterrat war gerettet.

Die Demonstration gegen die Reaktion fand am 13. März statt. Die gesamte Arbeiterklasse, die Proletarier im Waffenrock inbegriffen, demonstrierten gegen die Gefahr einer Habsburgischen oder Horthyschen Restauration. Der Arbeiterrat hatte die Führung ergriffen und hielt sie fest. Freilich mussten die Kommunisten stets auf der Wacht stehen, um zu verhindern, dass der Arbeiterrat für konterrevolutionäre unproletarische Parolen missbraucht wurde. Als im Mai die Sozialdemokraten den Arbeiterrat mobilisieren wollten für den Vermögensabgabekontrakt des österreichischen Staatssekretärs für Finanzen, protestierten die Kommunisten gegen diesen Missbrauch der Räteinstitution, getrennt demonstrierten die Sozialde-

mokraten für die Staatserfordernisse, die Kommunisten für die Arbeiterbewaffnung. Als die Gefahren eines Konflikts Sowjetrusslands mit Polen sich verdichteten, forderten die Kommunisten energisch die Einstellung der Munitionslieferungen, wobei sie auf den Widerstand Friedrich Adlers stießen, der erklärte, *dass die bestehenden Lieferungsverträge durchgeführt werden müssten*. Erst später, als der Krieg ausgebrochen war und auch die Gefahren eines Überfalls Ungarns auf Österreich in den Bereich der Möglichkeit rückten, wurde die Kontrollkommission des Arbeiterrats geschaffen, um in zäher, zielbewusster Arbeit, teilweise zu spät, zu verhindern, dass Waffen zum Brudermord nach Polen geliefert wurden. Dennoch hat der Arbeiterrat auf diesem Gebiet eine große und systematische Arbeit geleistet, und auch bei der Gewerkschaftsblockade gegen Horthy-Ungarn hat sich der Räteapparat trefflich bewährt. Wenn die Blockade zusammenbrach, so nicht nur wegen der mangelnden Unterstützung der Aktion durch einen Teil der mittel-europäischen Arbeiterschaft, sondern vor allem, weil die gewerkschaftliche Bürokratie unter dem Drucke des Staatssekretärs des Äußern Dr. Renner vom ersten Tage an mit den ungarischen Weißgardisten in Unterhandlung trat und so dem Boykott das Rückgrat brach. Die Masse der österreichischen Arbeiter, selbst ihre weit rechtsstehenden Elemente, haben ihre proletarische Pflicht voll und ganz erfüllt. Schon vor der Proklamierung des Boykotts war die erste Sitzung eines ordentlich gewählten Reichsarbeiterrats zusammengetreten, und wenn auch die positiven Ergebnisse in bezug auf die Arbeiterbewaffnung mehr im Bereich des Wunsches als der Wirklichkeit blieben, so hatte dennoch die Tagung insofern größere Bedeutung, als die Majorität des Arbeiterrats gegen die Koalitionspolitik Stellung nahm und das Rätesystem befestigte, indem auch in den rückständigen Gebieten, die bisher ratelos gewesen waren, die Vornahme von Arbeiterratswahlen festgesetzt und seither, wie in der Steiermark, durchgeführt wurde.

Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich stehen vor großen und schwierigen Aufgaben. Die Gegenrevolution sammelt sich, bewaffnete Heimwehren reaktionärer Bauern, bewaffnete Offiziersdetachements schicken sich an, den Versuch einer habsburgischen Restauration zu unternehmen. In diesen bevorstehenden Kämpfen muss das Proletariat wehrhaft gemacht werden, um in der entscheidenden Stunde gerüstet zu sein. Nicht der Stimmzettel kann entscheiden, nicht der 17. Oktober, der Tag der Nationalversammlungswahlen, konnte der Losungstag sein, sondern in dem Augenblick, da die Gegenrevolution von außen und von innen angriff, da Horthy und die Heimwehren zum offenen Kampfe übergehen, wird der Arbeiterrat als *Brennpunkt des Widerstandes der gesamten Arbeiterklasse* die führende Instanz der Proletarier sein. Nicht Diskussionen mit dem bürgerlichen Klassengegner, nicht Kompromisse mit den Koalitionsbrüdern unserer Sozialdemokraten von gestern und morgen werden helfen, die Arbeiterklasse wird ihr Schicksal selbst entscheiden müssen im kompromisslosen Kampfe „mit aller Macht und bewaffneter Hand“.

Sollte es aber den Führern der alten Partei gelingen, den Arbeiterrat durch die den Kommunisten abgelauschte unbedingte Fraktionsdisziplin zu ihrem Instrumente zu machen, zu einem Instrumente der Koalitionsfähigkeit, so würde der Arbeiterrat allerdings aufs schwerste kompromittiert werden. Die Politik der „altbewährten“ Sozialpatrioten läuft darauf hinaus, durch Niederringung der Kommunisten bei den bevorstehenden Rätewahlen, durch Zertretung aller Oppositionsgläüste in den eigenen Reihen, den Weg frei zu machen zum neuerlichen Eintritt in eine bürgerliche „demokratische“ Regierung. Hierbei aber bedarf die zahlreiche Schar der Exminister und Ministeranwärter eines Einschüchterungsmittels gegen die Bourgeoisie, um sie dazu zu bewegen, „*unter annehmbaren Bedingungen*“ mit den Sozialpatrioten einen neuen Pakt zu schließen. Die Sozialdemokratie bedarf daher – eines Arbeiterrats. Eines Arbeiterrats freilich, der ein Instrument ist, auf dem man *alle* Melodien spielen kann, vom drohenden Kampfgesang des Klassenkrieges bis zum minnigen Werbeliede zum Wiedereintritt in die Verbindung mit den Klassenfeinden. Sollte es bei den Wahlen den Opportunisten gelingen, die Kommunisten als mitbestimmenden Faktor auszuschalten, so wäre zwar nicht der Kommunismus, wohl aber die Existenz des Arbeiterrats als eines proletarischen Organs auf das allerschwerste gefährdet. Den Arbeiterrat zu einem *wirklichen* Sowjet gestalten, heißt die revolutionäre Lösung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft weit über den organisatorischen Rahmen unserer Kaders hinaustreiben.

Der Arbeiterrat wird ein Instrument des Kampfes, er wird revolutionär sein – oder aufhören zu bestehen, er wird den Sieg ersteiten oder zu Grunde gehen im Lotterbett der Koalition. Die Arbeiterschaft hat das Wort.

Franz Koritschoner

[Die Kommunistische Internationale Nr.16, 1921, S.88ff.]

Von Franz Koritschoner in der *Kleinen Schriftenreihe*:

Donauföderation, Anschluss oder Eigenständigkeit Österreichs?

Drei Texte der frühen KPÖ von Koritschoner, Frank und
Schlesinger (1920/1921) (Nr. 14, 60 S. A5, 2,5€)

9 An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale begrüßt Euren Vereinigungs-parteitag mit großer Freude.

Der Anschluss der Gruppe der revolutionären Linken an die Kommunistische Partei wird die Kampffront der Sektion Deutsch-Österreichs der Kommunistischen Internationale kräftigen. Wie in Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern, so werden auch in Österreich alle wirklich revolutionären Arbeiter sich der kommunistischen Kampffront der proletarischen Weltrevolution anschließen.

Nieder mit der II. Internationale! Nieder mit den Heuchlern, den Dienern der Bourgeoisie, welche sich mit revolutionären Phrasen maskieren!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Moskau, 21. Januar 1921

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

[Die Kommunistische Internationale Nr.16, 1921, S.483]

10 Aus den Protokollen des Exekutivkomitees

Der Bericht über die Lage in Österreich wurde vom Vertreter der K.P. Österreichs, Genossen Steinhardt, gegeben. Der Berichterstatter verweilte hauptsächlich bei den letzten Parlamentswahlen. Wie bekannt, agitierte die K.P. Österreichs die ganze Zeit für den Boykott der Wahlen und entschloss sich erst im letzten Augenblick, sich dem Beschluss des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen und an den Wahlen teilzunehmen. Die Partei erhielt kein einziges Mandat und sammelte nur 30.000 Stimmen; auch auf den bald darauf stattgefundenen Wahlen in die Arbeiterräte hatte die Partei einen großen Verlust zu verzeichnen; statt eines Fünftels der Totalanzahl der Sitze erhielt sie diesmal nur ein Zwölftel. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die österreichischen Genossen unter ausnahmsweise schweren Bedingungen gegen die geschlossene Front der von den Sozialverrätern unterstützten Bourgeoisie zu kämpfen haben. Übrigens hat sich jetzt

von der Sozialdemokratischen Partei eine ganze Gruppe abgespalten, die „Arbeitergenossenschaft der revolutionären Sozialdemokraten“, die eine beträchtliche Mitgliederzahl hat und sich der K.P. Österreichs anzuschließen beabsichtigt. Sehr bezeichnend ist es, dass die Spaltung der Sozialdemokraten auf dem Boden der Arbeit in den Arbeiterräten stattgefunden hat.

In der Diskussion über den durch die interessanten Mitteilungen des eben aus dem Auslande eingetroffenen Genossen N. vervollständigten Bericht wies Gen. *Varga* auf die Abnormität der Erscheinung hin, dass das Verhältnis zwischen der Partei und den Massen gänzlich von der Stellung der Partei in einer solchen untergeordneten Frage wie der Parlamentarismus abhängig gemacht werde. Gen. *Bucharin* bezeichnete die gegenwärtige Periode in Österreich als die Periode des Verfalls und der Zersetzung; der dort jetzt vor sich gehende Prozess des wirtschaftlichen Absterbens ruft in allen Klassen der österreichischen Gesellschaft eine zerfahrene und hoffnungslose Stimmung hervor, die sich teilweise auch unserer österreichischen Genossen bemächtigt hat. Die Partei muss diesen Pessimismus von sich abschütteln, sie muss den Glauben an sich und an die Revolution wiedergewinnen und inmitten des allgemeinen Verfalls und der Mutlosigkeit der Arbeiterklasse eine bestimmte klare, revolutionäre Perspektive vor Augen halten.

In Übereinstimmung mit Gen. *Bucharin* hat die Versammlung beschlossen, sich an das österreichische Proletariat und die K.P. Österreichs mit Aufrufen zu wenden, in denen die Auffassungen der Exekutive über die Lage in Österreich und die nächsten Aufgaben der K.P. Österreichs zum Ausdruck kommen sollen.

[aus: Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Aus den Protokollen des Exekutivkomitees. Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 9., 10. u. 14. Januar. – in: Die Kommunistische Internationale Nr.16, 1921, S.425ff.; der Abschnitt zu Österreich findet sich auf den Seiten 426-428]

Kurt Landau: Wesen und Geschichte des Anarchokommunismus
in Österreich (1927) (Nr. 5, 16 S. A4, 1€)

Agitations- und Propagandaschriften der frühen KPÖ (1919/1921)
(Nr. 6, 24 S. A4, 1,5€)

Elfriede Friedländer: Sexualethik des Kommunismus
(Nr. 13, 64 S. A5, 2,5€)

11 Franz Wippel (Klassenjustiz in Österreich)

Vergangene Woche fand in Wien ein Aufsehen erregender Prozess gegen neun Kommunisten statt, die nach 1½ Jahren Untersuchungshaft vor das bürgerliche Klassengericht gestellt wurden.

Der Untersuchungsrichter hat es meisterhaft verstanden, den klaren Tatbestand, der von 8 Angeklagten voll eingestanden wurde, zu verwirren. Absichtlich wurden drei ganz verschiedene Delikte, die von verschiedenen Personen begangen worden waren, durcheinander gebracht und dadurch der Schein eines gemeinen Verbrechens auch auf jene Leute gelenkt, die nur als politische Verbrecher, als Kommunisten, vor dem Gericht ihrer Klassenfeinde standen.

Diese neun Leute, die da zusammen verurteilt wurden, hatten nur wenige Beziehungen zueinander. Sie waren alle in der Kommunistischen Partei organisiert. Aber die einen waren zur Zeit des Umsturzes zur Partei gestoßen, um hier ihre persönlichen Interessen zu vertreten, andere wieder waren altbewährte Kämpfer der proletarischen Sache, die in jener Zeit der Unruhe und Wirnis in ehrlichem revolutionären Willen gehandelt haben. Und gerade über diese wurden harte Strafen verhängt.

Zu vier Jahren schweren Kerker wurde Franz Wippel verurteilt, ein Mann, der zur Zeit des Krieges streikende Arbeiter gegen das aufmarschierende Militär geführt hat, ein Mann, der jede Stunde seines Lebens seine ganze Kraft der Verbreitung der kommunistischen Ideen widmete. Den Urteilsspruch, 4 Jahre schweren Kerkers, nahm er entgegen mit dem Ruf: „Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Sowjet!“

Und aus welchem Grunde wurde dieser Mensch in der demokratischen Republik Österreich zu einer so harten, grausamen Strafe verurteilt?

Nicht weit von Wien, in einem kleinen Kurort mit einer großen Fabrik, in der Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Blut und ihre Kraft lassen, ist Franz Wippel zu Hause. Die „Räterepublik“ Vöslau, wie es scherzend genannt wird. Denn Vöslau war wirklich schon einmal in der Hand der Arbeiterschaft, und der Arbeiterrat hatte die Verwaltung übernommen. Damals freilich stand Wippel noch in der Gunst der Sozialdemokraten des Ortes. Es war nach den Gemeinderatswahlen gewesen. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten waren aus den Wahlen gleich stark hervorgegangen. Man wollte deshalb einen christlich-sozialen Bürgermeister einsetzen. Da wandten sich die Sozialdemokraten in ihrer Not an die Kommunisten. Franz Wippel, immer bereit, einzustehen, wenn es gegen das Bürgertum ging, marschierte mit der Vöslauer Arbeiterschaft auf. „Wir dulden keinen klerikalen Bürgermeister, die Gemeindefunktionäre mögen sich nach Hause trollen, der Arbeiterrat übernimmt die Macht.“ Und wirklich zog der Arbeiterrat ins Gemeindehaus

ein und schickte sich an, die Verwaltung in seine Hand zu nehmen. Wie wurden die Bürger da klein! Rasch stimmten sie zu, dass ein Sozialdemokrat Bürgermeister sein solle. So hatte wieder Franz Wippel den Sozialdemokraten die Kastanien aus dem Feuer geholt. Dem Bürgertum war er das rote Tuch.

Ein andermal, auch bald nach dem Umsturz, in bewegter Zeit, wurden die Arbeiter Vöslaus auf das Pflaster geworfen. Die große Kammgarnfabrik hatte kein Garn, also durften die Proletarier auch kein Brot haben. Sie litten Hunger, vereidendeten in einem Kurort, wo der größte Luxus entfaltet wird, wo reiche Weinhandler in Üppigkeit leben. Dies duldet Franz Wippel nicht. Eines Tages rief er sich die Arbeitslosen zusammen, es kamen einige Tausend. „Warum sollen wir zu Grunde gehen?“ fragte er sie, „die Bürgerlichen hier sind reich, sie haben ihre Schätze aus unserem Schweiß und Blut zusammengescharrt. Sie müssen uns jetzt erhalten.“ Und wirklich gelang es durch die geschlossene Haltung der Arbeiterschaft und durch die energische Führung Wippels im *Einvernehmen mit den Staatsämtern*, den Bürgern Vöslaus eine Kontribution aufzuerlegen. Sie wurde zu einer Arbeitslosenunterstützung verwendet. Eigentlich gaben die Bürger diese Unterstützung „freiwillig“. Nun war aber Wippel noch mehr verhasst. Verhasst bei den einen und geliebt und bewundert von den anderen. Die Arbeiterschaft der Umgebung hing an Wippels Munde, wenn er sprach. Und er war kein Redner. Er stand nur auf, sagte mit schlichten Worten, was er zu sagen hatte, was er sagen musste, weil ihm das Herz voll davon war. Er selbst war ja einer von ihnen. Er lebte mit seiner jungen Frau und seiner kleinen Tochter, die Namen wie Lenina, Spartaka, Rosa und noch viele ähnliche führte, in einer feuchten, dunklen Küche. Er hatte nichts für sich als das wenige, was er sich durch Kolportage kommunistischer Literatur verdienen konnte. Bei der polizeilichen Haussuchung wurde Katzen- und Hundefleisch in seinem Kochtopf gefunden.

Was hatte er eigentlich verbrochen? Wessen wurde er angeklagt?

Lange schon wollte die Polizei, diese Exekutive des Bürgertums, Wippel besiegen. Sie wagte sich aber nicht an ihn heran. Sie wusste, wie besorgt ihn die Liebe des Proletariats schützte. Doch eines Abends spät kamen die Schergen und führten Wippel fort. Man warf ihm vor, dass er Munition aufbewahre und weitergabe, dass er dem sozialdemokratischen Bürgermeister, jenem, den er zum Bürgermeister gemacht hatte, gedroht habe, dass er in Vöslau einen Eisenbahnhalt aufgehalten habe.

Und Wippel erklärte einfach: „Jawohl, ich habe im Walde eingegraben und versteckt in alten Gewändern Waffen und Munition gehabt. Ich hatte sie in Aufbewahrung für die Ungarische Räterepublik. Durch verlässliche Genossen, die ein Lösungswort sagen mussten, wurden sie über die Grenze gebracht. Bald kamen sie mit Rucksäcken, bald mit Streifwagen. Ich habe unzählige solcher Partien abgefertigt. Dem Bürgermeister habe ich gedroht, weil er die Waffen, die zur Bewaffnung der Arbeiterschaft vom Arbeiterrat in Vöslau deponiert waren, fortschaffen wollte.“ Aber die Drohung war recht unschuldig, wie der als Zeuge vernommene Bürgermeister selbst sagte. „Wenn die Waffen nicht hier bleiben, hängst du morgen am nächsten Baum!“ So drohte der Wippel, von dem man wusste, dass er im

Innern der sanfteste Mensch war. Freilich, er konnte auch in Zorn geraten über die Hinterhältigkeit der Sozialdemokraten, die im Arbeiterrat öffentlich der Bewaffnung der Arbeiterschaft zustimmten und sie dann durch Schliche zu vereiteln suchten.

„Jawohl, ich habe auch einen Zug in Vöslau angehalten. Aber das war ein Streikbrecherzug, als alle Arbeit auf den Bahnen ruhte. Es wäre gegen die Ehre der Vöslauer Arbeiterschaft gewesen, einen solchen Zug durchzulassen.“

Und dafür bekam Franz Wippel *vier Jahre schweren Kerkers*. In ihm sollte der Revolutionär gestraft werden, der es wagte, dem Bürgertum Steuern aufzuerlegen, der in solidarischem Pflichtgefühl der Ungarischen Räterepublik Waffen geliefert hatte, der das Gewehr in die Hand des Arbeiters geben wollte.

[Die Kommunistische Internationale Nr.16, 1921, S.680ff.]

Arbeitsgruppe Marxismus Schulungstexte und Materialien

Das 19. Jahrhundert. Ein Überblick. Nr.1, 14S. A4

Das 20. Jahrhundert. Ein Überblick. Nr.2, 15S. A4

Der Kongress der Völker des Ostens in Baku (1920).

Materialien und Dokumente. Nr. 3, Januar 2004, 48S. A4, 3€

Koloniale Frage und Kommunistische Internationale.

Materialien des I. bis VII. Weltkongresses (1919/1935). Nr.4, Januar 2004, 52S. A4, 3€

Marxismus und Gewerkschaften

Nr. 5, Sept. 2004, 50S. A4, 3€

Frauenbefreiung und Kommunistische Internationale.

Materialien und Dokumente (1919/1928)

Nr. 6, Januar 2005, 28S. A4, 2€

Zur Vorgeschichte der Vierten Internationale. Einige Bemerkungen zur Geschichte der Linkssopposition Nr. 7, Mai 2005, 18S. A4, 2€

Chilenische Lehren. Mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile

Nr. 8, Mai 2006, 58S. A4, 3€

Pierre Broué: Die ungarische Revolution 1956

Nr. 9, Oktober 2006, 48S. A4, 2€

12 Eugen Varga: Deutsch-Österreich

Nach monatlang andauernden Verhandlungen wurde in der Berichtsperiode die Völkerbundsanleihe an Österreich endlich durchgeführt. Diese Anleihe trägt 7% Prozent Zinsen in Geld, und zur Sicherung der Verzinsung werden die Einnahmen aus Zöllen und Tabak fortlaufend an den Generalkommissar Zimmermann, den tatsächlichen Herrscher von Österreich von Entente-Gnaden, abgeführt. Er überlässt davon der Finanzverwaltung nur den Betrag, der nicht für den Anleihezins erforderlich ist. Die Garantiemächte des Völkerbundes haben sich auf jede Weise gesichert; es ist ausdrücklich vorgesehen, dass Kapital und Zinsen auch in Kriegszeiten gezahlt werden müssen, ebenso wird jede Beschlagnahme und Sequestierung im Kriegsfalle ausgeschlossen.

Durch die Anleihe ist vorläufig die Stabilisierung der österreichischen Krone erreicht. Die Stabilisierung hat zu einer Krise geführt, die aber jetzt etwas nachgelassen hat. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen fiel von Ende Februar bis Anfang Juni von 169.000 auf 122.000. Doch ist diese Verminderung zum Teil auf die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen. Die Bourgeoisie hat sich dem neuen Zustand bereits angepasst; die ausländische Bourgeoisie beginnt in Österreich zu investieren, so neuerdings Schneider-Creusot bei der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, Stinnes bei der Alpine-Montan-Gesellschaft usw. Andererseits haben österreichische Kapitalisten – wie ich schon vorher erwähnte – den neuerlichen Marksturz dazu benutzt, große Mengen von Aktien deutscher Gesellschaften einzukaufen.

Trotz der Stabilisierung der Krone steigen die Lebenshaltungskosten weiter: von 20.377 Anfang April auf 24.457 Anfang Juli.

Die Stabilisierung der Valuta, die „Sanierung Österreichs“ durch den Völkerbund, vollzieht sich ganz und gar auf Kosten des Proletariats und der Beamten. Einen sehr interessanten Artikel über die Leiden des österreichischen Proletariats bringt die bürgerliche amerikanische Zeitschrift „The New Republic“ vom 20.6. Er beschreibt das schreckliche Hungern der Arbeitslosen, deren Zahl er mit den Kurzarbeitern zusammen auf 400.000 schätzt, von denen 150.000 bereits 1-7 Monate arbeitslos sind. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass das Entente-Regime, welches die Diktatur Zimmermanns eingerichtet hat, ganz und gar den Interessen der reaktionären Elemente dient:

„Was die reaktionären Elemente nur hofften, aber nicht zu tun wagten, werden sie jetzt auf dem Wege der Liga der Nationen erreichen... Wenn der reaktionäre Gentleman, Herr Seipel, der Führer der erzreaktionären Klerikalen und

der überreichen jüdischen Bankiers, noch ein bisschen mehr von der Gesetzgebung vernichten will, die durch eine Kleinigkeit das Los der Massen verbessert und die besitzenden Klassen das geringste kostet, hat er es nicht nötig, die noch immer mächtige Sozialdemokratische Partei offen herauszufordern... Monsignore Seipel geht zu Dr. Zimmermann. Dr. Zimmermann, der in Österreich niemandem verantwortlich ist, wird die Ordre der Regierung geben, der Regierung von Monsignore Seipel. Die Regierung wird sich – force majeure – den Anordnungen der Liga der Nationen, „des wohlütigen Protektoren von Österreich“, unterwerfen.“

Der Artikelschreiber Nataniel Pefer glaubt, dass in zwei Jahren, wenn die Kredite verbraucht sein werden, Österreich wieder das sein wird wie früher, abhängig von der Wohltätigkeit oder der endgültigen Vernichtung anheim gegeben.

„Der Reinerfolg des an sehr geprästen Rettungsunternehmens wird der sein, dass die arbeitenden Klassen, bis jetzt geschützt durch Konzessionen, die sie durch lange Kämpfe gewonnen haben, nun ungeschützt ihren Ausbeutern ausgeliefert werden.“

Eine bürgerliche Kritik in einem kapitalistischen Blatt, der wir voll und ganz zu stimmen können: Deutsch-Österreichs Proletariat, das von seinen sozialdemokratischen Staatsmännern so klug vor den Gefahren der ungarischen proletarischen Diktatur geschützt wurde, geht einem Schicksal entgegen, das nicht besser sein wird als das gegenwärtige Schicksal des ungarischen Proletariats.

[aus: Varga, E.: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im zweiten Vierteljahr 1923. – in: Die Kommunistische Internationale Nr.28, Beilage, 1923, S.26f.]

Flugschriftzeitung Roter Stern

Die AGM hat sich bisher stark auf theoretische Arbeit und Kaderausbildung konzentriert. Nur im Fall von größeren Bewegungen haben wir breiter interveniert. Auf der Grundlage des Wachstums unserer Organisation und eines gefestigten politischen Fundaments versuchen wir seit Mai 2005 unsere Ideen etwas regelmäßiger und breiter unter Arbeiter*innen und Jugendlichen zu propagieren. Das Instrument dafür ist unsere Flugschriftzeitung.

Erhältlich bei den Verteiler*innen oder über die AGM-homepage: www.agmarxismus.net

1924

13 Paul Friedländer: Österreich unter der Vormundschaft des Völkerbundes

Die Österreichisierung Deutschlands, seine wirtschaftliche und politische Bevormundung und Versklavung durch das internationale Kapital ist nicht nur das Ziel eines großen Teils der Entente-Imperialisten, vor allem Englands und Italiens, die sich dadurch gleichzeitig ein Gegengewicht gegen die Hegemonie Frankreichs über Deutschland sichern wollen, ist nicht nur das Ziel sämtlicher sozialdemokratischen Parteien in den Ländern der Entente, sondern es ist zweifellos auch das Ziel der deutschen Koalitionsregierung, und vor allem ihrer sozialdemokratischen Teilhaber, die mehr oder minder offen eine internationale Finanz-Kontrolle über Deutschland so rasch als möglich herbeiführen wollen. Dieses Bestreben, das in der letzten Zeit besonders hervortritt, wurzelt in der Angst vor einem möglichen proletarischen Umsturz, vor der Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse in Deutschland. In der Bändigung der werktätigen Massen durch das internationale Kapital – mit Hilfe der Hamburger Internationale – wird die Rettung vor dem drohenden jüngsten Gericht für die kapitalistische Ordnung in Deutschland gesehen. Es ist daher die Kenntnis des Schicksals Österreichs und seiner Arbeiterklasse in der Ära seiner Errettung durch den Völkerbund nicht nur von historischem, sondern von aktuellem internationalen Interesse. Dieses Schicksal ist ein Menetekel für die deutsche Arbeiterschaft.

Österreichs Entwicklung seit der Völkerbundsaktion für Österreich und seit der Genfer Konvention ist ohne einen Rückblick auf seine Entwicklung vor derselben unverständlich. In dem durch die Friedensverträge von Saint-Germain und Versailles balkanisierten Europa war Österreich seit jeher ein Brandherd, der insbesondere die Stabilisierung der Verhältnisse auf dem Gebiete der ehemaligen Österreich-Ungarischen Monarchie ständig in Frage stellte. Österreich war (und ist) ein ökonomisch lebensunfähiges Gebilde. Die Landwirtschaft bringt Brotgetreide nur für *ein Drittel* des Jahres auf. Kohle, die wichtigste Voraussetzung für die industrielle Produktion und die Instandhaltung des Verkehrswesens, muss *fast ganz* aus dem Ausland bezogen werden. Ernährung, Produktion und Handel in Österreich, das aus dem bisherigen Wirtschaftsgebiet, dessen Zentrum es bildete, herausgerissen war, wurde nicht gewährleistet. Die Elendslage der breiten Massen Österreichs wurde in den Jahren nach dem Kriege immer unerträglicher. Vom proletarischen

Standpunkte war die einzige mögliche Lösung für Österreich, *in welchem die Arbeiterklasse der entscheidende Machtfaktor ist*, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, um einerseits im Innern *auf Kosten des Besitzes* die entsprechenden wirtschaftlichen Maßnahmen – vor allem eine durchgreifende Umstellung der Produktion und einen großzügigen Ausbau der Wasserkräfte – durchzuführen, um andererseits mit den umgebenden Staaten in eine wirtschaftliche Gemeinschaft zu treten. Ein solcher Umsturz war in der ersten Hälfte des Jahres 1919 – zur Zeit Räteungarns – akut. Damals hat die Regierung Renner, hat die österreichische Sozialdemokratie diese Entwicklung *verhindert*. Otto Bauer röhmt sich dessen in seinem kürzlich erschienenen Werk über die österreichische Revolution. Aber der kluge Otto Bauer ist sich dabei nicht dessen bewusst, dass damals von den führenden österreichischen Sozialdemokraten, in deren Macht es lag, über Österreichs Schicksal zu entscheiden – sie haben stets zugegeben, dass die Machtergreifung durch das Proletariat in Österreich möglich war, dass sie aber dieses Unheil verhindert haben –, *eine Politik getrieben wurde, welche zwangsläufig zur Versklavung Österreichs durch das internationale Kapital geführt hat* und welche gegenwärtig, in Form des Wiederaufbaues Österreichs durch den Vollzugsausschuss des internationalen Kapitals, des Finanzausschusses des Völkerbundes und seines Generalkommissars Zimmermann vollendet wird.

Die Koalitionsregierung Renner hat die österreichische Politik auf die Hilfe durch das ausländische Kapital eingestellt. Sie hat auch in der Zeit des drohenden proletarischen Umsturzes in Österreich den Betrag von 557 Millionen Schweizer Franken glücklich herausgeschlagen, für dessen Verzinsung und Tilgung natürlich die breiten Massen in Österreich aufkommen müssen. Sie hat aber im Innern Österreichs auf jede Sanierung auf Kosten der Besitzenden verzichtet. Durch das System der schwindelhaften gleitenden *Lohnzulagen* hat man die österreichische Arbeiterschaft in Ruhe und Ordnung erhalten.

Das Werk der Rennerschen Koalitionsregierung hat dann die bürgerliche Regierung mit immer größerer Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Proletariat durchgeführt. Als in den Jahren 1921 und 1922 die österreichische Krone rapid sank, die Noteninflation immer beängstigender, das Defizit der Staatseinnahmen immer gewaltiger wurde, als zugleich mit der Bewucherung der Massen durch die privaten Unternehmer, aber auch durch den Staat und die Gemeinden (voran die sozialdemokratische Gemeinde Wien, welche rein kapitalistische Finanzpolitik treibt und die sozialdemokritischen Nationalräte gewissermaßen zu ihren Gefangenen macht), die Teuerung und das Elend der Massen so sehr überhand nahmen, dass es zu elementaren Aktionen der Massen für ihre nackte Existenz kam, musste wieder etwas geschehen, damit „Ärgeres“ verhütet werde.

Wiederum war es die sozialdemokratische Partei, war es *Otto Bauer*, welcher der Bourgeoisie den Weg zeigte, den sie in ihrem Interesse gehen sollte. *Der Finanzplan Otto Bauers vom 1. Oktober 1921* hat internationale Bedeutung erlangt. Hilferding und die deutschen Sozialdemokraten marschieren in seinen Fußstapfen. „Alle Klassen müssen Opfer bringen“, war das Motto dieses Finanzplanes, in dem

der Abbau der Lebensmittelzuschüsse (und damit eine ungeheure Verteuerung der Lebenskosten), durchgreifende Erhöhungen der Tarife, Monopolpreise (auf Grund der Selbstkostentheorie) und dergleichen vorgeschen waren. Daneben auch Besitzsteuern. Aber die österreichische Bourgeoisie wusste so gut wie die gegenwärtige deutsche, was sie von einem solchen *gemischten* Sanierungsprogramm zu denken hatte. Die Besitzsteuern waren ein bloß agitatorischer Behelf. Sie konnte damit rechnen, die Sanierungsaktion auf Kosten der breiten Massen durchzuführen, ohne auf einen ernsten Widerstand des mächtigsten Faktors in Österreich, der Arbeiterklasse, zu stoßen.

Unter diesen Voraussetzungen hat dann die bürgerliche Regierung Seipel (nach langwierigen Vorverhandlungen) die Aktion des Völkerbundes zustande gebracht. Wann die österreichische Sozialdemokratie eine planmäßige Massenaktion unternommen hätte – wie es die Kommunistische Partei seit Jahr und Tag als einziger gangbaren Ausweg vorgeschlagen hatte –, um durchgreifende Besitzsteuern zu erzwingen, so wäre die Völkerbundkontrolle mitsamt der Anleihe, die unter unerhörten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen gegeben wurde, überflüssig geworden. Der „Österreichische Volkswirt“, die einzige ernst zu nehmende volkswirtschaftliche Zeitschrift in Österreich, hat vom bürgerlichen Standpunkt aus die Erhebung von Besitzsteuern, die ein viel ausgiebigeres Resultat als die internationale Anleihe gehabt hätte, oder eine Zwangsanleihe in Gold in Österreich selbst gefordert (wodurch die Produktion nicht den geringsten Schaden genommen hätte).

Das Interesse der österreichischen internationalen Profitmacher hat dieser Lösung entgegen gewirkt. Die österreichische Bourgeoisie wollte kein materielles Opfer bringen, sie wollte überdies auch eine internationale *politische* Unterstützung zur Niederhaltung und Aussaugung des österreichischen Proletariats. Dieses war durch die Entwicklung im Sommer 1922 in die äußerste Verzweiflung getrieben worden. Es hat sich damals Ähnliches ereignet wie in der letzten Zeit in Deutschland, wenn auch nicht in gleichem Tempo. Von Mitte Juli bis Mitte August zeigte der amtliche Index eine Teuerung von 124,27 Prozent, Die Regierung musste im Herbst einen Notenkredit von 2 Billionen beanspruchen. Die Arbeiterschaft ist in größter Erregung. Die Sozialdemokratie machte in dieser Stunde ein Koalitionsangebot an die Bourgeoisie. Diese fühlte sich unter der Führung des Prälaten Seipel stark genug, um es *abzulehnen*. Sie zog es vor, sich stützend auf die Tradition Renners, einen Ausweg durch eine Konvention mit dem internationalen Kapital zur Niederhaltung und Aussaugung der österreichischen Arbeiterklasse zu suchen und zu finden.

Auch die ausländischen Mächte hatten an einer solchen Lösung ein politisches und wirtschaftliches Interesse. Sie hatten bereits seit einiger Zeit Kreditvorschüsse an Österreich gegeben. (Die Tschechoslowakei 500 Millionen tschechische Kronen, England $2\frac{1}{4}$ Millionen Pfund, Italien 70 Millionen Lire, Frankreich 55 Millionen Franken), und sie wollten sich nun im Rahmen einer großen, wohlfundierten Anleihe deren sichere Rückzahlung sichern. Außerdem versprach man sich von

einem stabilisierten Österreich fette Profite. Ausschlaggebend war aber ein politisches Interesse der verschiedenen Staaten der großen und kleinen Entente, insbesondere der Tschechoslowakei, nämlich die Gefahr des Anschlusses Österreichs an einen der Nachbarstaaten, etwa an Italien, dem die Seipel-Regierung Österreich geradezu angeboten hat, wodurch das herrliche Gleichgewicht in Europa zerstört worden wäre.

Also wurde Österreich an den „Völkerbund“ verkauft, vor allem an deren französische, englische, italienische und tschechoslowakische Mitglieder, welche die Genfer Konvention gemeinsam mit der österreichischen Regierung herbeiführten. Die österreichischen Sozialdemokraten haben das Angebot der Kommunisten auf Durchführung einer Massenaktion des österreichischen Gesamtproletariats zur Verhinderung der Genfer Konvention und zur Erzwingung von Besitzsteuern abgelehnt. (Es war meines Erachtens ein Fehler, dass die Kommunistische Partei Österreichs nicht die Parole des Sturzes der Seipel-Regierung und Herbeiführung einer Arbeiterregierung an die Spitze der zweifellos politischen Aktion gestellt hat.) Hätte die Sozialdemokratie gewollt, so wäre das Völkerbund-Diktat Österreich erspart geblieben.

Zunächst ist der Genfer Vertrag ein politisches System zur Unterdrückung der österreichischen Arbeiterschaft. Als solcher hat er sich bereits auch bewährt.

Jede selbständige außenpolitische Betätigung ist bei Strafe der schärfsten Sanktionen Österreich verboten. Diese Bestimmung erhält in der gegenwärtigen Zeit erhöhte Bedeutung, weil damit jede Anschluss-Aktion der österreichischen Arbeiterschaft an ein revolutionäres Deutschland in Frage gestellt wird.

Die Regierung Österreichs ist dem Kontrollkomitee des Völkerbundes, tatsächlich aber dem Generalkommissar des Völkerbundes – als solcher fungiert seit mehr als einem halben Jahr der ehemalige Bürgermeister und Oberscharfmacher von Rotterdam, Zimmermann, – übertragen. Er verwaltet die Erträge der internationalen Anleihe *vollständig nach seinem und seiner Auftraggeber Gutdünken*. Das österreichische Parlament ist für zwei Jahre von dem entscheidenden Punkt der gegenwärtigen Gesetzgebung, den Sanierungsmaßnahmen, ausgeschaltet. Allerdings existiert ein sogenannter „Oberster Kabinettsrat“, der sich aber innerhalb längstens einer Woche, wenn die Regierung es will, in drei Tagen, zu entscheiden hat. Natürlich tanzt dieser Kabinettsrat, in dem sich die Sozialdemokraten zur Ohnmacht verurteilt haben, nach der Pfeife des Generalkommissars und der Regierung.

Die Regierung hat sich ferner – und darauf kam es ihr in Genf sehr an – *verpflichtet, eine Regierung der starken Hand zu sein.* „Zar“ Zimmermann nimmt diese Verpflichtung sehr ernst. Schon in seinem ersten Bericht an den Völkerbund – es sind deren bisher sechs erschienen – betont er, wie er auf ein „starkes politisches Regime“ achten werde, das die radikalen Reformen energisch durchführt. In seinem vierten Bericht kritisiert er scharf die Tätigkeit des Kabinettsrats, die ihm noch nicht anschmiegsam genug ist, sowie die nicht rasch genug durchgeföhrten Maßnahmen zum Abbau der Staatsangestellten.

Seit der Zeit, seitdem sich die Völkerbundsaktion auswirkt, lassen sich eine Reihe von Fällen *der Förderung der Reaktion in Österreich durch ihn sowie durch die Regierung anführen. Der Abbau der proletarischen Positionen in der Wehrmacht*, der so gut wie vollständig durchgeführt ist, gehört ebenfalls in dieses Kapitel. Parallel mit ihm geht der Aufbau der reaktionär-faschistischen Organisationen der „Heimwehren“, „Frontkämpfer“ und „Hakenkreuzler“, die in Österreich immer üppiger werden. Die politischen Gruppen, welche den Genfer Vertrag herbeigeführt haben und aufrechterhalten, sind auch beteiligt an *der Großzüchtung der monarchistischen Bewegung*.

Dieses politische System war nur *zum Zweck der wirtschaftlichen Niederhaltung der Arbeiterklasse*, zur Durchführung das „Wiederaufbaus“ der österreichischen Staatsfinanzen sowie zur fetten Verzinsung der ausländischen Anleihen *auf Kosten der Arbeiterklasse*, bei gleichzeitiger planmäßiger Zerstörung ihrer sozialpolitischen Errungenschaften, aufgerichtet worden.

Diese Tatsache, auf welche die Kommunistische Internationale von Anfang an verwiesen hat, hat sich als furchtbar richtig erwiesen.

Die internationale Anleihe für Österreich beträgt 745 Millionen Goldkronen. Davon erhält Österreich bloß 585 Millionen Goldkronen. Die ausländischen Kreditgeber lassen sich also nicht weniger als 27 Prozent mehr, als sie geliehen haben, zurückgeben, das sind 2,3 Billionen Papierkronen. Dieser Betrag sowie die ungeheuren Zinsen werden durch Lasten, welche *einzig und allein die breiten Massen zu tragen haben*, erbracht. Der Budgetvorschlag der österreichischen Regierung (Bundesfinanzgesetz Nr.138) hat an Aufwand *für den Anleihedienst im Jahre 1923* nicht weniger als 651 Milliarden Kronen berechnet. Dieser Betrag bleibt aber hinter der tatsächlichen Höhe des Zinsendienstes zurück.

Im Interesse dieser fetten Profite des internationalen Finanzkapitals hat der Völkerbund zusammen mit der österreichischen Regierung ein „Wiederaufbauprogramm“ verordnet, das wohl der Gipfel der Auswucherung der breiten Massen ist. Die Einnahmen des österreichischen Staates, in erster Linie die Erträge der Monopole Salz und Tabak, welche unmittelbar dem Generalkommissar ausgeliefert werden müssen, sind zunächst die Pfänder der die Anleihe garantierenden Staaten. Aus ihnen müssen die Zinsen der Anleihe, aus ihnen muss endlich der Staatshaushalt bestritten werden. Daher wurden und werden die Einnahmen ständig in die Höhe getrieben, sodass sie vielfach, wie die Zölle, den Durchschnitt in den anderen, auch valastarken, Staaten überschreiten. Es sind fast ausschließlich Abgaben, welche die breiten Massen leisten müssen. Auch dafür hat das famose Wiederaufbaugesetz gesorgt. Die Verbrauchssteuern (darunter die durch das Wiederaufbauprogramm eingeführte Warenumsatzsteuer, die allein in diesem Jahre fast eine halbe Billion ergeben soll), die Tarife von Eisenbahn, Post, Telegraph usw., die Gebühren, die Monopoleingänge, kurzum die Massensteuern und Abgaben verschiedenster Art sollen Ausgaben von annähernd 6 Billionen Kronen decken. Erst vor kurzem wurden eine Reihe von Verbandssteuern, ferner die Tarife der Eisenbahnen, von Post, Telegraph und Telephon, obwohl sie die Weltparität

bereits erreicht hatten, um 25 Prozent bzw. um 50 Prozent erhöht. Die Zölle, welche an und für sich höher sind als die Zölle in irgendeinem Lande, sollen in kürzester Zeit wieder *verdoppelt* werden.

Das Rettungsprogramm besteht bloß aus *fiskalischen Maßnahmen*, welche die Lebenshaltung der Massen immer mehr herunterdrücken und ihre Kaufkraft schwächen. Daher ist es auch den Bedürfnissen der Produktion in Österreich vollständig *zuwiderlaufend*.

Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen gehen die Maßnahmen zur Verringerung der Ausgaben. Sie sind von derselben Art. Das zeigt sehr deutlich ein Vergleich zwischen dem ersten Budgetvoranschlag für das Jahr 1923 (der Ende 1922 fertiggestellt war) und dem zweiten, der im Mai 1923 herausgekommen ist. Schon der erste Voranschlag hatte die Genfer Protokolle vor Augen, der zweite aber hat sie erst halbwegs richtig einzukalkulieren gesucht. Die Verminderung der Ausgaben erfolgt auf Kosten der Produktion und auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Der Kommentar des Finanzgesetzes weist triumphierend darauf hin, dass allein beim Kapitel „Personal- und Pensionsaufwand“ infolge *Abbaus, Einschränkung der Bezüge*, Abwälzung aller möglicher Steuern und Gebühren auf die Angestellten und Pensionisten eine *Ersparnis von über eineinhalb Billionen erzielt werde*. Dabei wurde allerdings eine Senkung des Index vorausgesetzt, was eine gründliche Täuschung der Regierung war. Beim Kapitel „Arbeiterfürsorge“ sollten anstatt 118 Milliarden im ersten Entwurf bloß 52 Milliarden ausgegeben werden. Für soziale Verwaltung überhaupt anstatt 608 Milliarden bloß 496 Milliarden. *Die Investitionen* in der Tabakerzeugung wurden von 94 auf 41 Milliarden, bei den Bundesbahnen von 604 auf 475, beim Telegraph von 230 auf 182 *herabgesetzt*. Also Herabsetzung der Gehälter und Löhne der Angestellten, Einschränkung der Produktion.

Dazu kommt ein brutaler, völlig ungerechtfertigter Abbau der Arbeiter und Angestellten des Staates, bis zur Höhe von 30 Prozent des früheren Standes. Bis zum Ende dieses Jahres sollen 75.000 Angestellte des Staates abgebaut sein. Tatsächlich wurden bisher 45.000 Angestellte auf die Straße geworfen.

Die Folge dieser Maßnahmen war bisher keineswegs eine beträchtliche Verringerung des Defizits des Staatshaushaltes, wohl aber eine *ungeheure Verschärfung der Arbeitslosigkeit, eine Durchbrechung des Achtstundenarbeitstages, eine Herabdrückung des Reallohnes der Arbeiter*.

Die Arbeitslosigkeit ist in den ersten Monate der Genfer Rettungsaktion in dem kleinen Österreich von ungefähr 40.000 Arbeitslosen im Sommer 1922 auf nicht weniger als 170.000 im Winter 1922/1923 hinaufgeschnellt. Jetzt wird sie seitens des statistischen Amtes als viel geringer angegeben. Aber die offiziellen Zahlen lügen in unverschämter Weise, weil sie die Zahl jener Arbeitslosen einfach auslassen, die keine Unterstützung beziehen. Und ihrer sind an die 30.000. Derzeit gibt es in Österreich immer noch immer gegen 130.000 Arbeitslose, von denen 30.000 nichts und 100.000 eine lächerlich geringe Unterstützung beziehen.

Durch den planlosen Abbau der Angestellten einerseits, durch die Vernachlässigung jedweder Notstandsarbeiten, ja sogar der wichtigsten normalen Arbeiten trägt die österreichische Regierung mitsamt dem Generalkommissar ständig zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bei.

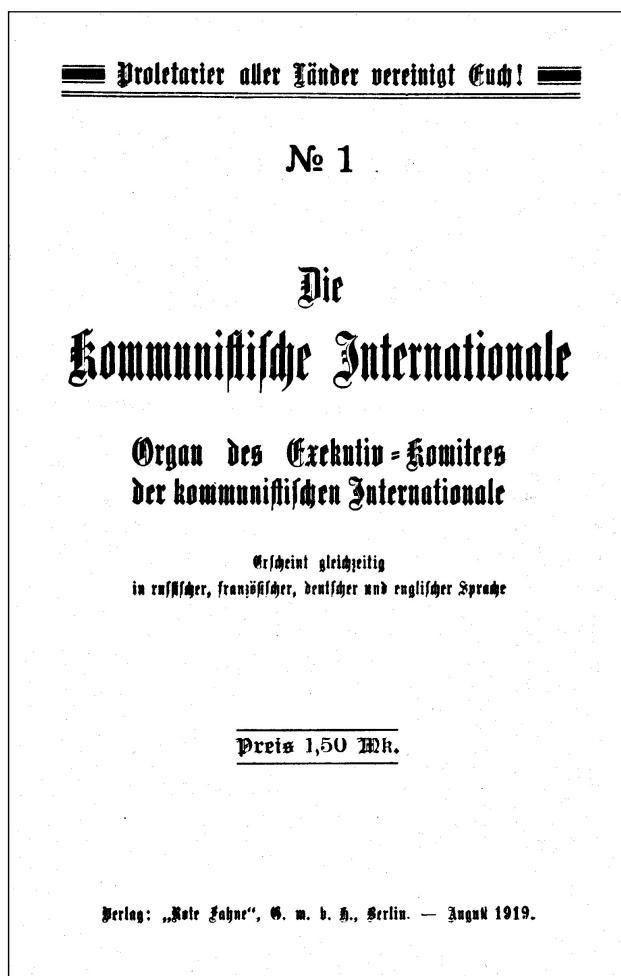
In engem Zusammenhang damit steht die „Intensivierung der Arbeit“, die Durchbrechung des Achtstundentages in den Bundesbetrieben, insbesondere bei den Bundesbahnen, was weniger die Regierung als die Gewerkschaftsbürokraten zu vertuschen suchen. Tatsächlich steht es mit dem Dienst der österreichischen Eisenbahner nicht besser als in Mussolini-Italien. Der zehn-, ja zwölfstündige Arbeitstag wird auf der Eisenbahn immer mehr zur Regel. Damit ist der Bann auch für die Privatkapitalisten gebrochen.

Die Verschlechterung der Lebenshaltung der in den Betrieben verbleibenden Arbeiter geht unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit und im Hinblick auf die große Reservearmee der Arbeitslosen konsequent weiter. Seit dem Beginn der Genfer Aktion ist zwar die Teuerung keineswegs geringer geworden, aber *die Reallöhne haben sich um 10 bis 20 Prozent vermindert*. Die österreichischen Arbeiter beziehen, wie selbst offiziell zugegeben wird, zwischen 60 und 70 Prozent Friedensreallöhne. Die Preise aber, mit Ausnahme der Kosten für die Wohnungsmiete, übersteigen fast durchweg die Friedensparität. Es wurde vor nicht langer Zeit in der Nationalversammlung offen zugegeben, dass die Personalausgaben der Hoheitsverwaltung einschließlich der Betriebe über 50 Prozent der Gesamtausgaben vor dem Kriege betragen haben, jetzt aber nicht einmal 30 Prozent betragen. Und trotzdem wird durch mechanischen Angestelltenabbau und Lohndruck weiter „sanier“.

Während die Vormundschaft des Völkerbundes über Österreich eine furchtbare wirtschaftliche und politische Versklavung der werktätigen Massen mit sich gebracht hat, haben die Unternehmer und die Reaktionäre freien Spielraum. Die Bankkapitalisten, voran ihre österreichischen Könige Rothschild, Castiglioni und Bosel, häufen die Billionen. In den Tresors der Banken befinden sich *weitaus mehr als 15 Billionen Kronen*. Aber ihre Erwerbssteuer beträgt nicht einmal 1 Prozent, 150 Milliarden. Die Herrschaften füttern natürlich die reaktionären Organisationen sehr reichlich. Die Regierung ihrerseits unterstützt diese offen und mit Überzeugung.

In der Ära des Völkerbundes beginnen den österreichischen Proletariern die Augen darüber aufzugeben, wie eine Sanierung im *proletarischen* Sinne aussehen müsste. Sie kann nur beginnen mit der Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse, mit der Abschüttelung des ausländischen, mit der rücksichtslosen Niederwerfung des inländischen Kapitals. Wenn die deutsche Arbeiterschaft diesen letzteren Weg geben wird, dann wird sich auch die österreichische Arbeiterschaft aus ihrer Abgestumpftheit, aus ihrer durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer bewirkten Versklavung aufraffen und den Völkerbund mitsamt seinen österreichischen Bundesgenossen zum Teufel jagen.

[Die Kommunistische Internationale Nr.28-30, 1924, S.48ff.]



Nummer 1 der Kommunistischen Internationale, August 1919

Lieferbare Nummern von MARXISMUS

- Nr. 3 Österreich-Nationalismus & Arbeiterbewegung (4., erw. Aufl.)
Nr. 9 Trotzkismus in Österreich, Teil 1: Eine Analyse (überarb. 2. Auflage)
Nr. 11 Trotzkismus in Frankreich 1924-1939
Nr. 13 Revolutionen nach 1945
Nr. 16 Hintergründe und Ursachen der Asienkrise
Nr. 17 China unter Mao – Geschichte der Volksrepublik
Nr. 18 Balkanföderation & Arbeiterbewegung, Teil 1 – Konzeptionen der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg
Nr. 19 Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 2 – Diskussionen in der Kommunistischen Internationale
Nr. 20 Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 3 – Projekte während und nach dem Zweiten Weltkrieg
Nr. 21 Imperialismus & marxistische Theorie, Teil 2: von der frühen Komintern zur Vierten Internationale
Nr. 22 Koloniale Frage und Arbeiter/innen/bewegung
Nr. 23 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 1: Die "Klassiker"
Nr. 24 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 2: Die sowjetische Erfahrung
Nr. 25 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
Nr. 26 Schwarze Befreiung und revolutionäre Bewegung in den USA und Südafrika
Nr. 27 Sozialistischer und marxistischer Feminismus
Nr. 28 Kommunismus und Frauenbefreiung

Teile von **vergriffenen Marxismus-Nummern** auf der AGM-website →
www.agmarxismus.net

- | | |
|---|---|
| 2 Der reale Sozialismus | 10 Trotzkismus in Österreich,
Teil 2: Interviews |
| 4 Der Zweite Weltkrieg | 12 Die Globalisierungsdebatte |
| 5 Kapitalismus in Österreich | 14 Kritik an der „Regulationstheorie“ |
| 6 Imperialismus & marxistische Theorie, Teil 1: Die „Klassiker“ | 15 D. Tucovic: Serbien und Albanien |

Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte

- 1 Josef Frey: Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit? (1927) (16 S. A4, 1€)
- 2 Ernst Schmied (= Josef Frey): Integraler Sozialismus – ein neuer Weg? Antwort an Otto Bauer (1937) (32 S. A4, 1,5€)
- 3 Die KPÖ und die Gewerkschaftsfrage in der Frühphase der 1. Republik (vergriffen)
- 4 Texte zum 12. Februar 1934 (32 S. A4, 1,5€)
- 5 Kurt Landau: Wesen und Geschichte des Anarchokommunismus in Österreich (1927) (16 S. A4, 1€)
- 6 Agitations- und Propagandaschriften der frühen KPÖ (1919/1921) (24 S. A4, 1,5€)
- 7 Josef Frey: Frühe Schriften (1911/19) (32 S. A5, 1€)
- 8 1892 – die erste „Arbeiterinnen-Zeitung“. 100 Jahre proletarische Frauenpresse in Österreich (32 S. A5, 1€)
- 9 Leo Trotzki: Österreich an der Reihe. Schriften zu Österreich (1921/1936) (60 S. A5, 2€)
- 10 Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten ‚Internationale‘. Eine Episode aus der österreichischen Arbeiterbewegung 1918/19 (32 S. A5, 1,5€)
- 11 T.J. Melt (= Josef Frey): “Zur nationalen und kolonialen Frage” (Separatdruck aus: Die internationale proletarische Demokratie – Die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse) (48 S. A5, 2€)
- 12 Freie Liebe und bürgerliche Ehe. Schwurgerichtsverhandlung gegen die „Arbeiterinnen-Zeitung“ (1895) (24 S. A5, 1€)
- 13 Elfriede Friedländer: Sexualethik des Kommunismus (64 S. A5, 2,5€)
- 14 Donauföderation, Anschluss oder Eigenständigkeit Österreichs? Drei Texte der frühen KPÖ von Koritschoner, Frank und Schlesinger (1920/1921) (60 S. A5, 2,5€)
- 15 Österreich in der „Kommunistischen Internationale“ (1919/1924) (56 S. A5, 2,5€)